Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg: Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion und Druckerei: Große Münzstraße 8. Fernsprecher 901.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 996

Nr. 15. **Magdeburg, Freitag den 19. Januar 1906.** **17. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Fallieres.

Die Entscheidung ist gefallen, wie sie vorausgesagt wurde: zum Präsidenten der französischen Republik ist am Mittwoch nachmittag in Versailles von der Nationalversammlung — den Mitgliedern des Senats und der Deputiertenkammer — der bisherige Senatspräsident Fallieres gewählt worden. Er erhielt 449 gegen 371 Stimmen, die auf den Verräter und Streber Paul Daumer fielen.

Im ersten Wahlgang ist somit die Entscheidung gefallen. Die vereinigten Republikaner haben über die vereinigten Reaktionäre und Unentschiedenen gesiegt, ungeachtet all der schwierigen Manöver, die noch in letzter Stunde versucht wurden, um den für diesen Fall geschlossenen „Block" zu sprengen.

Die politische Bedeutung der Wahl ist an dieser Stelle des öfteren erörtert worden. Wir wollen uns daher für den Augenblick darauf beschränken, über die französischen Präsidentenwahlen einige historische Notizen anzufügen.

Der Präsident wird auf sieben Jahre gewählt. Die Rechte, die ihm die Verfassung einräumt, bringen ihn nahe an die Stellung eines konstitutionellen Monarchen und verraten deutlich den Ursprung dieser Institution in Tagen, als die Republik in den Händen der monarchisch gesinnten Mehrheit lag. Der Präsident verkündigt die von der Kammer und dem Senat angenommenen Gesetze und überwacht ihre Ausführung. Er hat das Recht der Initiative für die Gesetzgebung, verfügt über die bewaffnete Macht und ernennt alle Zivilbeamten, einschließlich der Chefs der Ministerialdepartements. Er kann mit Zustimmung des Senats die Deputiertenkammer auflösen. Verantwortlich ist er nur im Falle des Hochverrats. Dazu kommen die selbstverständlichen Ehrenvorrechte: daß die fremden Gesandten bei ihm beglaubigt sind und daß ihm das Recht der Begnadigung zusteht. Nicht gesetzlich festgestellt sind seine Bezüge. Sie setzen sich zusammen aus dem Gehalt von 600 000 Frank und einer Reiseentschädigung von ebenfalls 600 000 Frank, wobei aber die Kosten von Auslandsreisen nicht mit eingerechnet sind. Der Präsident hat seine Staatswohnung im Elysee, außerdem stehen mehrere Schlösser zu seiner Benutzung. Bei all diesem äußeren Glanze und den verfassungsmäßig sehr weit ausgedehnten Befugnissen ist jedoch der Präsident an faktischer Macht hinter den jeweiligen Lenkern des Ministeriums sehr weit zurückgetreten und seine Stellung mit der des die Regierung und die Repräsentation in sich vereinigenden Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht von fern zu vergleichen.

Unmittelbar nach dem Tode oder dem Rücktritt eines Präsidenten muß die Neuwahl geschehen. Wenn aber die sieben Jahre der Präsidentschaft normal ablaufen, hat die Präsidentenwahl einen Monat vor Schluß der Amtsdauer zu erfolgen. Es geschieht nun seit Begründung der Republik erst das zweitemal, daß die sieben Jahre tatsächlich vollstreckt wurden; nur Grevy hat in seiner ersten Präsidentschaft (1878 bis 1885) die sieben Jahre ebenso erfüllt wie jetzt Loubet; da aber Grevy wiedergewählt wurde, so tritt überhaupt zum erstenmal der Fall ein, daß neben dem neugewählten Präsidenten der alte seinen letzten Amtsmonat absolviert. Wie es heißt, soll Loubet entschlossen sein, bis zum letzten Tage zu dienen.

Die Geschichte der Präsidenten setzt in der Form des Wechsels der obersten Gewalt gewissermaßen die stürmischen Schicksale der Monarchien und Republiken Frankreichs von der Restauration bis zum Jahre 1870 fort. So wie von Karl 10. bis Napoleon 3. alle monarchischen und republikanischen Gewaltträger plötzlich und gewaltsam aus der Macht vertrieben wurden, so hat auch bis auf Loubet kein Präsident in Frieden und Stille Abschied von seinem hohen Amte genommen.

Sieht man von General Trochu ab, der das erste Staatsoberhaupt der dritten Republik vorstellt, aber bloß den Titel „Präsident der Regierung der Nationalverteidigung führte", so waren dem ersten — und nach seiner politischen Vergangenheit bedeutendsten Präsidenten — Thiers bloß zwei Jahre gegönnt. Am 17. Februar 1871 machte ihn die Nationalversammlung zum Präsidenten der Exekutivgewalt und verlieh ihm am 31. August desselben Jahres den Titel des Präsidenten. Doch schon am 24. Mai 1873 mußte er der monarchisch-klerikalen Mehrheit weichen. Ihm folgte der Kandidat der Frommen und Loyalen Marschall Mac-Mahon. Die Geheimgeschichte seiner Präsidentschaft ist die Geschichte des mißglückten Restaurationsversuches, der vielleicht nur an der Bockbeinigkeit des Grafen Chambord scheiterte. Als nun aber im Lande die republikanische Bewegung zunahm und der Marschall ihr entgegenkommen wollte, holte er sich Niederlage auf Niederlage und mußte am 29. Januar 1879 seine Entlassung nehmen.

Am Tage darauf wurde Grevy mit ungeheurer Mehrheit zum Präsidenten erwählt. Er behauptete sich in seiner Stellung bis zum Ablauf der Amtsdauer und wurde dann am 28. Dezember 1885 wiedergewählt, gleichfalls mit großer Mehrheit — 457 Stimmen gegen 60, die auf Brisson entfielen, der seither bei allen folgenden Präsidentschaftswahlen in der Reihe der Durchfallskandidaten stand. Doch diesmal währte die Herrlichkeit Grevys nicht lange. Der Ordensschwindel seines Schwiegersohnes Wilson zwang den achtzigjährigen Mann, im Dezember 1887 die Entlassung zu nehmen, vor der Kammer durch förmliche — doch in dieser Form eigentlich verfassungswidrige Aufforderung hierzu genötigt.

Bei der nun folgenden Wahl, die unter großer Zersplitterung der Parteien in heftigen Kämpfen vor sich ging, wurde Sadi Carnot, zu dessen Gunsten Ferry von der Kandidatur zurücktrat, zum Präsidenten erhoben. Er ist bekanntlich am 24. Juni 1894 in Lyon ermordet worden. Bei der Neuwahl am 27. Juni wurde Casimir-Perier sein Nachfolger. Dies war die kürzeste Präsidentschaft. Perier floh schon am 15. Januar 1895 von seinem Platze, weil er die Kraft nicht in sich fand, sich innerhalb der Dreyfus-Wirren aufrechtzuerhalten. Am 17. Januar wurde Felix Faure gewählt, der Präsident der „Affäre", der heimliche Förderer der Generals- und Jesuitenclique, der ergebenste Freund Rußlands. Am 16. Februar 1899 starb er eines plötzlichen Todes.

Sein Nachfolger Loubet wurde am 18. Februar gewählt. Im ersten Wahlgang und mit großer Mehrheit. Auf ihn fielen 483 Stimmen, gegen 289, die Meline, 23, die Cavaignac, 10, die Deschanel, und 8, die Charles Dupuy erhielt. Alles, was die Republik aus den Stürmen retten wollte, vereinigte seine Stimmen auf Loubet, der denn auch in seiner schlichten Art als Präsident der Republik eine vergleichsweise gute Figur gespielt hat. Sein Mandat läuft am 28. Februar 1906 ab.

An diesem Tage tritt Fallieres, der achte Präsident der Republik, als der Erwählte aller entschlossenen Republikaner sein Amt an. Die republikanische Staatsform hat in ihm eine neue ehrliche Stütze erhalten. —

Staatsanwälte! Achtung!

Ausschneiden und aufheben!

Im Jahrfünft 1898–1903 wurden über Sozialdemokraten verhängt

Elfdreiviertel Jahre Zuchthaus
Zweihundertundfünfundsiebzig Jahre Gefängnis und
über hunderttausend Mark Geldstrafe

Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg in derselben Zeit von rund zwei Millionen und hundertsiebentausend auf

Drei Millionen fünfundzwanzigtausend

und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate

von 56 auf 81

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 18. Januar 1906.

Wahlrechtsdemonstration in Hamburg.

Der niederträchtige und brutale Plan der Pfeffersäcke, den minderbemittelten Hamburger Bürgern das ohnehin beschränkte Wahlrecht vollends zu rauben, ist bekannt und in diesen Spalten ausführlich besprochen worden. Am Mittwoch nachmittag sollte das Hamburger Parlament, die sogenannte „Bürgerschaft", mit der Beratung der durch den Ausschuß teilweise noch verschlechterten Senatsvorlage beginnen.

Die Hamburger Sozialdemokratie hat nun für eine würdige Einleitung des geplanten Rechtsraubes gesorgt: auf 4 Uhr nachmittags hat sie acht Protestversammlungen anberaumt, zu denen die Arbeiter nur gelangen konnten, indem sie die Arbeitsstätte verließen. Die Massenversammlungen waren somit erst durch den Eintritt in einen politischen Massenstreik möglich und ihnen folgten Straßendemonstrationen, an denen Tausende und aber Tausende teilnahmen.

Die Bourgeoisie ist durch den Handstreich der Sozialdemokratie total überrumpelt worden. Es geht das deutlich aus dem Telegramm hervor, das die Scherlpresse über die Vorgänge erhält:

> Der heutige Beginn der bürgerschaftlichen Beratung über die Wahlrechtsänderung nach Erstattung des Ausschußberichts hat zu unvorhergesehenen sozialdemokratischen Kundgebungen geführt. In der Mittagsstunde wurde es bekannt, daß die Arbeiter, um die auf 4 Uhr nachmittags anberaumten großen öffentlichen Versammlungen besuchen zu können, ihre Wirkungsstätten verlassen und während des Tages ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen würden.
>
> Bald erscholl auf der Alster ein weithin hallendes Pfeifen, und gleichzeitig fuhren die Passagierdampfer an die Anlegestellen und vertäuten dort. Die Mannschaften [illegible] das Publikum wartete vergebens auf Fahrgelegenheit. Im Hafen fuhren Barkassen der sozialdemokratischen Partei mit großen Plakaten, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, an den Versammlungen teilzunehmen. Hier waren es insonderheit die Arbeiter der verschiedenen Werften und die Schauerleute, die nach der Mittagspause nicht zum Betriebe zurückkehrten. Nur vereinzelt hörte man Hämmern und Klopfen. Ueberall herrschte die Ruhe des Feiertags.
>
> Der Verband der Metallindustriellen hatte veranlaßt, daß bei Blohn u. Voß, der Reiherstieg-Schiffswerft usw. bekannt gegeben wurde, alle Leute, die den Dienst etwa verlassen sollten, würden nicht mehr beschäftigt werden. Aber die ernste Warnung hat wenig gefruchtet. 6000 bis 7000 Arbeiter sind nun infolge der plötzlichen Arbeitseinstellung bis Anfang nächster Woche ausgesperrt und ohne Verdienst.
>
> Die im Innern der Stadt und in der näheren und weiteren Umgebung Hamburgs an acht Stellen veranstalteten sozialdemokratischen Versammlungen waren von einer ungeheuren Menschenmenge besucht, in der auch das weibliche Element zahlreich vertreten war. Die Redner sprachen sich scharf gegen den „Wahlrechtsraub" aus, der durch die Senatsvorlage verübt werden sollte; sie forderten aber die Massen auf, sich ruhig zu verhalten, und ihrer Mahnung wurde allseitig Folge gegeben. Zum Schluß der Versammlungen wurden Tellersammlungen zugunsten der russischen Revolutionäre veranstaltet.
>
> Nun bewegte sich die Menge zum Rathausmarkt, um bei Beginn der Wahlrechtsverhandlung zu demonstrieren. Die Polizei hatte jedoch ihre gesamte Schutzmannschaft aufgeboten und ließ die nach dem Rathausmarkt führenden Straßen absperren. Gruppen von 6, 8, 10 und mehr Schutzleuten zu Fuß und einige zu Pferde waren überall aufgestellt und wehrten der herankommenden Menge den Zutritt, wie auch jeder Fußgängerverkehr unterbrochen war; nur die Straßenbahnwagen fuhren, doch durften sie in der Gegend des Rathausmarktes nicht anhalten. Ungezählte Tausende füllten die Straßen und suchten sich vorzuschieben, aber die Schutzmannschaft bildete überall einen festen Wall. An einigen Stellen kam es zu lärmenden Auftritten, so daß die Beamten von der Waffe Gebrauch machen mußten. Von 9 Uhr abends an wurde die auf der Straße harrende Menge erregter, und es kam an verschiedenen Stellen zu heftigen Tumulten. Namentlich halbwüchsige Burschen rissen Planken ab, stießen Spiegelscheiben ein, bewarfen die Beamten mit Steinen und Töpfen, so daß die Schutzleute, die vielfach dadurch Verwundungen erlitten, zur Waffe greifen mußten. Erst in später Abendstunde verlief sich die Menge.

Der freisinnigen „Voss. Ztg." geht folgendes Telegramm zu:

> Die acht Versammlungen verliefen völlig ruhig, trotzdem Tausende, die keinen Einlaß mehr finden konnten, auf der Straße standen. Besondere Beschlüsse wurden in den Versammlungen nicht angenommen, ebenso von den Rednern

vor Straßenkundgebungen gewarnt. Nach der Beendigung zogen die Arbeiter nach dem Rathausmarkt, der seit den frühen Nachmittagsstunden durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt war. Die Zugangsstraßen zum Rathaus wurden von Tausenden von Arbeitern belagert. Außer im Hafen ruhte auch auf allen Bauten und Fabriken im Innern der Stadt die Arbeit am Nachmittag vollständig. Tausende der New-York-Hamburger Gummifabriken verließen Punkt 12 Uhr die Arbeitsstätte. Für den Hafen hatten die Sozialdemokraten Barkassen gechartert, die Flugblätter mit der Aufforderung zur Arbeitseinstellung verteilten. Seit 3 Uhr stockt der Straßenbahnverkehr in der inneren Stadt vollständig, da es für die Wagen unmöglich ist, durch die Menschenmenge durchzukommen. An der Ecke der Bergstraße wurden von der Menge auf berittene Schutzleute Steine geworfen, da diese verschiedentlich scharf in die Menge hineinritten. Auch an andern Stellen kam es zu blutigen Zusammenstößen. Die Menge durchzog, die Arbeitermarseillaise singend, die Straßen.

Von der Gefahr eines Hamburger Generalstreiks weiß dieselbe „Voss. Ztg." zu melden:

Die sozialdemokratischen Einspruchs-Versammlungen gegen die Wahlvorlage rücken die Gefahr eines Generalstreiks in bedenkliche Nähe. Bei Blohm u. Voß und in den übrigen Hafenbetrieben wurden Plakate angeschlagen, die jeden Arbeiter mit Aussperrung bis 22. Januar bedrohen, der nachmittags die Arbeit verläßt, um an den Einspruchs-Versammlungen teilzunehmen. Infolgedessen legten alle Werftarbeiter die Arbeit nieder, so daß die Hafenarbeit vollständig ruht. Ebenso haben die Alsterdampfschiffe völlig den Betrieb eingestellt.

Aus dem Telegramm geht aber hervor, daß es sich, abgesehen vom Nachmittag des Mittwoch, nicht um einen Generalstreik der Arbeiter, sondern um eine Generalaussperrung der Unternehmer handeln wird. Um eine beschränkte allerdings. Am Montag, am Tage nach dem gefürchteten roten Sonntag, dürfen die Trotzigen, die sich durch Unternehmer-Ukase nicht von der Betätigung ihrer Bürgerrechte abhalten lassen, mit der Bereicherung derselben Unternehmer wieder beginnen. Für eine dreitägige Aussperrung aber haben klassenbewußte Arbeiter, die um ihre politischen Rechte kämpfen, nur ein Lächeln der Geringschätzung. Sie schritten Mann für Mann aus den Fabriktoren, ohne auf die Plakate auch nur einen Blick der Verachtung zu werfen. Die Werftkönige mögen sich nun mit dieser Tatsache abfinden, so gut oder so schlecht es ihnen möglich ist. Der Umstand, daß sie der Aussperrung sofort ein nahes Ende setzten, läßt vermuten, daß sie von der hohen Bewegung, die in den Massen loht, doch eine ungefähre Ahnung haben. Sie überspannen als vorsichtige Rechner den Bogen nicht, da er ihnen sonst in der eignen Hand brechen könnte.

[illegible] in dem oben wiedergegebenen bürgerlichen Telegramm von blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gesagt ist, erscheint auf den ersten Blick als ungeheuerlich übertrieben. Es wird ja daneben ausdrücklich konstatiert, daß die Massen sich durchaus ruhig verhalten haben und daß, wenn und wo es zu Tumulten kam, diese durch das provozierende Verhalten einzelner Polizisten hervorgerufen worden sind. Zum Ueberfluß meldet uns das Bureau „Herold", ein Hamburger Telegramm der „Frankfurter Zeitung", wonach sechs Verwundungen durch Säbelhiebe festgestellt worden sind. Nun durchschneidet zwar jeder einzelne Säbelhieb der Polizei die hamburgische Verfassung, die das Recht des Massenverkehrs auf der Straße gewährt, aber nach „blutigen Zusammenstößen" schaut es nicht aus, wenn nicht mehr Verwundungen vorgekommen sind. Wie dem aber schließlich auch sei, selbst die bürgerlichen Telegramme müssen zwischen den Zeilen zugeben, daß es nicht die Schuld der demonstrierenden Arbeiter war, wenn Blut geflossen ist. Wäre der Rathausmarkt nicht überflüssigerweise abgesperrt und dadurch den Tausenden der Durchgangsverkehr abgeschnitten worden, so wären nicht einmal die bescheidensten Tumulte vorgekommen.

In der Hamburger Regierung scheint man aber besorgt zu haben, die aufgeregte Masse könnte ihnen das Rathaus stürmen, in dem, derweil draußen die vielen Tausende standen, die Beratung über den Wahlrechtsraub begonnen wurde. Ueber diesen Teil des Kampfes erhält der „Vorwärts" folgendes Telegramm:

Die Bürgerschaft ist beinahe vollzählig besetzt, die Logen und die Tribünen sind überfüllt. Dr. Zacharias verteidigt den Ausschußbericht, seine Statistik und seine Staatszweck-Theorien. Er empfiehlt die Annahme des Ausschußentwurfs. Dr. Wolffson legt in glänzender Rede dar, daß es sich um die Beschränkung eines beschränkten Wahlrechts zugunsten einer politischen Partei handle. Solche Maßregel sei ungerecht und unklug. Es sei eine abschüssige Bahn, wenn die jeweilige Mehrheit die Minderheit in ihren Rechten beschränke. Es handle sich um ein Kampfgesetz gegen die Sozialdemokraten. (Widerspruch und Beifall) Redner ironisiert den Passus des Ausschußberichtes, in welchem gesagt wird, daß die Sozialdemokraten den Handel zerstören wollen. Die Sozialdemokraten würden sich hüten, die Quellen ihrer Existenz zu zerstören. Sie wollen nur die Formen des Handels ändern. Treten doch sogar viele „Staatserhaltende" für die Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Verkehrsmittel usw. ein, z. B. der konservative Oberbürgermeister Adickes in Frankfurt a. M. Man sollte den Sozialdemokraten dankbar sein, daß sie die Besitzenden an ihre Pflicht mahnen. Redner schließt mit den Worten: „Fort mit der Vorlage!"

Dem bürgerlichen Gegner der Vorlage folgte der bürgerliche Freund des Hauses, der Obermeister vom Backtrog und lokale Scharfmacher Blinkmann. Nach ihm sollte Genosse Fischer zu Wort kommen. Da der Abend aber sich schon zur Nacht senkte, so hatte die Mehrheit nicht mehr die Kraft, eine sozialdemokratische Rede anzuhören. Sie vertagte die Weiterberatung auf Mittwoch nächster Woche.

Derweil wird die sozialdemokratische Gegenagitation weitergehen und ein Teil der Unternehmer unterstützt unsre Genossen wesentlich durch die von ihnen verhängte Aussperrung. Es ist leicht möglich, daß zur Abwehr brutaler Wahlrechtsräubereien auf Hamburger Boden zum erstenmal in Deutschland der intermittierende politische Massenstreik erprobt werden kann.

So schnell schreitet die Entwicklung! Vor wenigen Wochen noch hielten wir alle, die Hamburger Parteiführer in erster Linie, ein gesondertes Massenvorgehen in Hamburg für unmöglich. Aus verschiedenen Gründen, deren nicht unwichtigster in der Annahme ruhte, die Massen würden einem partikularen Wahlrecht nicht den dazu erforderlichen Wert beilegen. Da kamen Schlag auf Schlag die Streiche der preußischen Reaktion in Presse, Parlament und Oeffentlichkeit; da ertönten die Rufe nach Militär, Polizei und Salvenfeuer; da wurde mit einem Schlage die preußische Wahlrechtsbewegung der Sozialdemokratie zu dem wichtigsten Faktor der inneren Politik emporgehoben und — nicht zum wenigsten durch das Eingreifen der Polizei — in den Massen der Entrechteten der Massenwille ausgelöst, mit der Rechtlosigkeit endlich ein Ende zu machen.

Ueber die vom reaktionären Preußen umlagerte Republik Hamburg wälzten sich in diesen Tagen die Wogen der preußischen Wahlrechtsbewegung, und acht Protestversammlungen gegen den partikularen Raub genügten, um die Fabriken stillzulegen, das gewerbliche Leben zu unterbrechen und die Tausende und aber Tausende zum derweil noch schweigenden, aber doch beredten Protest auf die Straße zu bringen.

So schnell leben wir heute! Arbeiten wir mit allen gesetzlichen Mitteln, auf daß wir schneller noch Größeres erleben! —

„Revolution ist verboten."

Aus Sachsen-Meiningen wird der Magdeburger „Volksstimme" geschrieben:

Die Nervosität, welche sich angesichts der bevorstehenden Kundgebungen gegen das Dreiklassenwahlrecht der preußischen Behörden bemächtigt hat, hat sich nun auch auf Sachsen-Meiningen ausgedehnt. In Saalfeld a. S. wurde vom Landrat des Kreises eine für Donnerstag anberaumte Volksversammlung verboten, in der Genossin Zietz-Hamburg über das Thema „Revolution überall" sprechen sollte. Das Verbot wird mit § 130 des Str.-G.-B. begründet, wonach eine Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen befürchtet wird, außerdem mit Rücksicht auf die befürchtete „Störung der öffentlichen Ruhe".

Seit langen Jahren ist das in Sachsen-Meiningen das erste Versammlungsverbot. —

Ein Thronfolger gegen die Dreiklassenschande.

Wir haben schon notiert, daß der bayrische Thronfolger Prinz Ludwig, der Sohn des Prinzregenten Luitpold, ein Mann, der hoch in den Fünfzigern steht, dem man also kein „jugendliches Ungestüm" mehr vorwerfen kann, sich im Ausschuß der Reichsratskammer für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgesprochen hat.

Die Rede, die er dort vor einigen Tagen gehalten, wird jetzt in einem längeren Auszug bekannt. Wir versäumen nicht, die Sätze den preußischen Staatsrettern unter die Nase zu halten. Der bayrische Thronfolger sagte u. a.:

Alle Spezialfragen haben zurzeit an Bedeutung verloren, und es handelt sich jetzt nur darum, ob die Kammer der Reichsräte das von der Kammer der Abgeordneten angenommene Gesetz zum Scheitern bringen wolle oder nicht. Maßgebend sei für ihn der Umstand, daß das ganze Land eine Aenderung des bestehenden Wahlrechts wünsche und daß es sich mit großer Majorität dafür ausgesprochen habe. . . . Man dürfe sich glücklich schätzen, daß für den deutschen Reichstag ein Wahlsystem bestehe, mit dem der größte Teil der Bevölkerung zufrieden sei. Man solle nur das Ausland ansehen und insbesondere diejenigen Staaten, in denen verkünstelte Wahlsysteme bestünden, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprächen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürften, möchte er bezweifeln. Es sei leicht möglich, daß dieselben durch radikale Systeme ersetzt würden. Die Wahlen gäben seiner Meinung nach in der Regel dann ein getreues Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht besitze. In Bayern bestehe eigentlich jetzt schon das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht. Das direkte Wahlrecht und die gesetzliche Wahlkreiseinteilung soll das neue Wahlgesetz bringen. Das Land habe bei den letzten Wahlen seine Ansicht darüber deutlich geäußert. Der Wahlgesetzentwurf sei fast genau der von der Staatsregierung dem letzten Landtag vorgelegte. Er bedürfe, um ins Leben zu treten, nunmehr der Zustimmung der Kammer der Reichsräte. Diese zu geben, liege im Interesse des Landes, das sonst nicht zur Ruhe komme, und liege auch im Interesse der Kammer der Reichsräte, die dadurch an Ansehen nur gewinnen könne.

Im Interesse des persönlichen Wohlbefindens des bayrischen Thronfolgers ist es gut, daß er nicht gehalten ist, in Preußen gegen die Dreiklassenschande öffentlich zu sprechen. Er könnte andernfalls riskieren, daß ihn einer der vielen übereifrigen Polizisten für verhaftet erklärte und zur Wache brächte, um seine Personalien feststellen zu lassen.

Und eine Anklage wegen Verächtlichmachung von dreimal durch den Besitz geheiligten preußischen Staatseinrichtungen wäre die wahrscheinliche Folge . . .

„Wir Liberalen."

Zu den gewaltigen Wahlerfolgen der englischen Liberalen bemerkt das „Berliner Tageblatt":

Nach alledem dürfen wir uns des Sieges der englischen Liberalen aufrichtig freuen. Je mehr sie dem Fortschritt im eignen Lande dienen, je mehr dienen sie der Kultur; nicht bloß in England, sondern in der Welt. Und besonders für das Deutsche Reich wird der Wahlsieg der englischen Liberalen hoffentlich vorbildlich werden. Man blicke von der Revolution in Rußland auf die Revolution in England und man wird keinen Augenblick daran zweifeln, wohin auch für uns der Weg gehen muß.

Der englische Liberalismus — soviel auch unsre englischen Genossen mit vollem Recht an ihm auszusetzen haben — wird sich für den Glückwunsch seines mißratenen deutschen Bruders sicher knurrend bedanken. Denn nur wer die politischen Verhältnisse Englands absolut nicht kennt, kann so schwätzen, wie das Berliner Freisinnsorgan schwätzt.

Viel eher könnte der deutsche Liberalismus den Niedergang der englischen Konservativen bedauern, die ihm geistig immer noch ein wenig näher stehen; aber selbst ein konservativer Hochtory würde die Hände über dem Kopf zusammenschlagen über die Rückständigkeit deutschliberaler Ansichten.

Um nur ein einziges Beispiel aus neuster Zeit zu wählen: hat nicht der unentwegte Freisinn erst dieser Tage geschrien, mit einer Partei, die auf die Straße steigen wolle, könne er keine Gemeinschaft haben, hat nicht Herr Broemel neulich im Landtag scheinheilig erklärt, wo „Gesetzesverletzungen" vorkämen, da müßten sie auch bestraft werden? Und welche konservative englische Regierung hat politische Straßenumzüge gewaltsam zu hindern versucht, welche konservative englische Regierung hat versucht, die ihr unbequemen Meinungen mit Polizei- und Justizgewalt zu unterdrücken?

Der deutsche Liberalismus hätte in London höchstens Platz in der archäologischen Abteilung des Britischen Museums, nicht aber im Parlament, von dessen äußersten Rechten er immer noch eine deutsche Meile weit entfernt ist.

Konservative Auslands-Erkenntnis.

„Die Schuld an diesem Zustande fällt allen Teilen in gleichem Maße zu, sowohl der Regierung, die eine Menge nützlicher Reformen wollte, aber nicht durchzuführen wagte, als auch der . . . Partei, die Augen und Ohren schloß, um nicht zu hören und zu sehen, was der moderne Zeitgeist fordert. . . . Die Regierung und die Mehrheit haben selbst an ihrem Zusammenbruch gearbeitet."

So schreibt die feudale „Kreuzztg." vom 17. Januar 1906 über den Zusammenbruch der ultramontanen Herrschaft in Belgien.

„Wenn nur die Hälfte von den Arbeiterkandidaten Sitze erringt, so werden sie stark genug sein, im nächsten Parlament eine vierte Partei zu bilden, die, unabhängig von der Direktive der liberalen Whigs, es für Whigs und Torys etwas heiß machen könnte. Die Honorierung der Parlamentsmitglieder, die Abschaffung des Oberhauses, die Unterhaltung der Arbeitslosen aus öffentlichen Mitteln, der gesetzliche Achtstundentag, die Gewährung von Alterspensionen und die Speisung hungernder Schulkinder auf Gemeindekosten dürften dann nicht bloß als fromme Wünsche im Parlament laut werden, sondern als ungestüme Forderungen — und wehe dem liberalen Minister, der diese Forderungen nicht zu erfüllen gewillt ist."

So schreibt die bündlerische „Deutsche Tageszeitung" vom 17. Januar 1906 über die Wahlsiege der Arbeiterkandidaten und Sozialdemokraten in England.

Es sind das die beiden Blätter, die in Preußen-Deutschland am lautesten predigen, daß starres Festhalten am Bestehenden gegenüber drängenden stürmischen Volksforderungen die beste Regierungspolitik sei und die die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung aufs allergemeinste verdächtigen und beschimpfen! —

Die dänische Wahlrechtsbewegung.

Im Herbst vorigen Jahres setzte das dänische Folkething einen Ausschuß ein, der über eine Aenderung derjenigen Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes beraten sollte, welche die Zahl der Folkethingsmitglieder und die Wahlkreiseinteilung regeln. Die Regierung hatte damals vorgeschlagen, die Zahl der Folkethingsmitglieder auf 132 zu erhöhen. Mit diesem überschlauen Manöver, die Zahl der Abgeordneten um 18 zu erhöhen, gleichzeitig aber die formelle Garantie einer gerechten Wahlkreiseinteilung aus der Verfassung zu streichen, erlitt die „liberale" Regierung schmählich Schiffbruch; die Ausschußberatung der Angelegenheit wurde beschlossen.

Der Ausschuß hat nun sein Gutachten vorgelegt, dem sich die Vertreter der Parteien mit der einzigen Ausnahme des Konservativen angeschlossen haben. Er schlägt vor, in die Verfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß die Zahl der Folkethingsmitglieder mindestens 124 und höchstens 132 betragen soll und daß die Wahlkreise der Einwohnerzahl nach ungefähr gleich groß sein sollen. Zur Wahlkreiseinteilung selbst liegt bereits ein Vorschlag des Ministeriums vor. Danach soll Kopenhagen sechs bis sieben Wahlkreise mehr erhalten, drei größere Provinzstädte je einen mehr, und ferner werden einige andre Städte von den ländlichen Wahlkreisen, mit denen sie jetzt verbunden sind, getrennt, um eigne Wahlkreise zu bilden. Der Ausschuß hat sich ferner dafür ausgesprochen, daß mit Rücksicht auf die Bevölkerungszunahme alle 10 Jahre eine neue Einteilung der Wahlkreise stattfinde und daß Stichwahlen eingeführt werden.

Unsre Parteigenossen im Ausschuß sind wie auch die Radikalen mit dem Ausschußvorschlag zur Verfassungsänderung nicht ganz einverstanden. Sie meinen, daß man die Fest-

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 15. Magdeburg, Freitag den 19. Januar 1906. 17. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung.

Berlin, 17. Januar, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Unterstaatssekretär Wermuth und ein andrer Kommissar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Anträge Graf Hompesch (Ztr.) und Bassermann (natl.) auf

Einführung von Anwesenheitsgeldern

in der Höhe von 20 Mk. pro Tag und Kopf und Gewährung freier Eisenbahnfahrt für die Mitglieder des Reichstags. Nach dem Antrag Hompesch sollen die Diäten, die ein Reichstagsabgeordneter etwa als Mitglied einer andern Körperschaft bezieht, von den 20 Mark in Abzug gebracht werden.

Abg. Kirsch (Ztr.) begründet und empfiehlt den Zentrumsantrag. Es ist die höchste Zeit, daß der Diätenantrag nach einer so beispiellos langen parlamentarischen Leidensgeschichte endlich die Zustimmung des Bundesrats findet. (Sehr richtig! im Ztr. und links.) Graf Bülow, der ja jetzt Fürst geworden ist (Heiterkeit), sollte nach dieser Rangerhöhung doppelt das Noblesse oblige gegenüber dem Reichstag berücksichtigen. Die Gewährung von Diäten wird den Reichsgedanken besonders in Süddeutschland fördern. Da man bei den Zolldebatten den Moment zur Gewährung von Diäten verpaßt hat, sollte man das Versäumte wenigstens bei den Steuerdebatten nachholen. Wenn der Reichskanzler heute eine Erklärung verlesen läßt, so macht dieselbe hoffentlich wieder gut, was die neuliche Duellerklärung gesündigt hat. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. Bassermann (natl.) empfiehlt den sachlich mit dem Zentrum übereinstimmenden, aber allgemeiner gefaßten nationalliberalen Antrag. Wir sind übrigens auch bereit, für die Zentrumsfassung zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde hat auch nichts dagegen, wenn statt der Tagesgelder eine Pauschalsumme gewährt wird. Es widerspricht der Würde des Reichstags, daß das preußische Abgeordnetenhaus einen Teil seiner Mitglieder alimentiert. (Sehr wahr!) Die Sozialdemokratie hat keinen großen Nutzen von Diäten, im Gegenteil können Diäten die erwünschte Wirkung haben, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten unabhängiger vom Parteivorstand werden. Die umfa[illegible]en Vorlagen der diesjährigen Session werden sich ohne die Bewilligung von Diäten kaum bewältigen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lenzmann (Freis. Vp.): Wir schreiten rückwärts statt vorwärts! Fürst Bismarck hat den Reichstagsabgeordneten die freien Fahrkarten entzogen, und der jetzige Reichskanzler geruht bei der Beratung des Diätenantrags weder selbst zu erscheinen noch seinen Vertreter zu schicken; er sendet nur zwei Kommissare, von denen (Zuruf: der eine sitzt und der andre steht. Große Heiterkeit, in der die folgenden Sätze des Redners verloren gehen.) In Bayern feiert ein Königssohn das Reichstagswahlrecht; im Norden aber glaubt ein einzelner im Volke es wagen zu dürfen, eine Stellung in der Diätenfrage einzunehmen, die dem Gesamtwillen des Volkes widerspricht. In der Duellfrage hat die Regierung direkt die Aufforderung zur Ungesetzlichkeit erlassen. (Sehr richtig! im Ztr. und links.) Sie sollte doch bessere Lehren aus der schändlichen Revolution im Nachbarlande ziehen! Die Reichstagsabgeordneten werden durch die Diätenlosigkeit gewaltsam ausgesperrt. (Sehr richtig! im Ztr. und links.) Die Regierung sollte sich der fast einstimmigen Forderung des Reichstags nicht länger verschließen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Staudy (kons.): Wenn auch ein Teil meiner Freunde für Gewährung von Diäten ist, so sind wir doch insgesamt der Meinung, daß, wenn Diäten gewährt werden, damit gleichzeitig eine Abänderung der Geschäftsordnung im Sinne einer Abkürzung der Verhandlungen verbunden sein muß. (Hört, hört! links.)

Abg. Singer (Soz.): Selbstverständlich wird meine Partei in Konsequenz ihrer stets eingenommenen Haltung für die vorliegenden Anträge stimmen. Die Verweigerung der Diäten ist eine Beeinträchtigung des freien Wahlrechts, weil sie den Kreis der Wählbaren einschränkt. Für unsre Partei ist es ganz gleichgültig, ob unsre Abgeordneten Diäten bekommen oder nicht. Wir tun unsre Pflicht unabhängig von Diäten. Unsre Reichstagsabgeordneten sind nicht abhängig von der Parteileitung, aber sie sind und werden stets abhängig sein vom Willen der Wähler, einerlei, ob sie Diäten beziehen oder nicht. — Der Bundesrat glänzt gewöhnlich bei der Beratung von Initiativanträgen durch Abwesenheit. Diesmal sind ja zwei Kommissare anwesend, aber der Name des einen zeigt deutlich, was dem Reichstage in der Diätenfrage vom Bundesrat beschert werden wird. (Die Blicke der Abgeordneten richten sich auf den Geheimrat Wermuth. — Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem bittet, lieber keine Scherze über die Namen von Bundesratsmitgliedern und Reichstagsabgeordneten zu machen. Es kann das sonst unliebsame Folgen haben. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Singer (fortfahrend): Seine neuliche Erklärung in der Duellfrage kann der Reichskanzler nicht durch Nachgiebigkeit in der Diätenfrage, sondern nur durch eine offene, ehrliche Zurücknahme wieder gutmachen. Der Reichstag hätte gar nicht so behandelt werden können, wie er in der Diätenfrage behandelt worden ist, wenn er sich nicht solange alles von der Regierung hätte gefallen lassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Machen Sie Ernst! Lehnen Sie die Ministergehälter, lehnen Sie das Budget ab und wir werden sehen, wer weiter kommt, die Regierung mit ihrer Mißachtung des Reichstags oder der Reichstag mit der Wahrung seiner verfassungsmäßigen Rechte. (Sehr gut! b. d. Soz.) Herr v. Staudy hat in bewußter oder unbewußter Uebereinstimmung mit der Regierung die Diäten zum Gegenstand eines Kuhhandels zu machen vorgeschlagen. Ich hoffe, daß Zentrum und Nationalliberale nicht die Diäten durch eine Verschlechterung der Geschäftsordnung oder der Verfassung erkaufen werden. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Vg.) tritt für Gewährung von Diäten unter gleichzeitiger Aenderung der Geschäftsordnung im Sinne einer Verkürzung der Verhandlungen ein, und wünscht, daß die Ausübung des Reichstagswahlrechts von einer mindestens dreimonatigen Anwesenheit an einem Orte abhängig gemacht werde. (Hört, hört! links.)

Abg. Schrader (Freis. Vg.): Für die Erklärung der Regierung in der Duellfrage gibt es gar keine Genugtuung. (Sehr richtig! links.) In andern Ländern würde eine Regierung, die sich solches leistet, sofort von der Bildfläche verschwinden. (Sehr richtig! links.) In andern Ländern würde eine Regierung, die richtig! links.) Wir haben aber eben keine Reichsregierung, sondern nur einen Bundesrat; eigentlich ist ja der Kaiser nur Präsident des Bundesrats. (Sehr wahr! links.) Der Bundesrat wird dem alten Bundestage immer ähnlicher. (Sehr gut! links.) Statt die Einheit des deutschen Volkes repräsentiert der Bundesrat die Partikularinteressen der einzelnen Regierungen. Der Reichstag ist der eigentliche Repräsentant der deutschen Einheit und diesen Einheitsrepräsentanten behandelt die Regierung möglichst schlecht. Bei Initiativanträgen glänzt sie durch Abwesenheit und läßt sich nur durch Interpellationen heranholen. Wir sind ihr nur gut genug, die Steuern zu bewilligen! (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Tiedemann (Rp.): Der größere Teil meiner Fraktion, darunter auch ich, der ich früher Gegner der Diäten war, ist bereit, für den Antrag Bassermann zu stimmen. (Hört, hört!) Wir setzen jedoch voraus, daß aus der Geschäftsordnung gewisse Bestimmungen beseitigt werden, die für die rasche Erledigung der Geschäfte ein Hemmnis bilden.

Abg. Müller-Meiningen (Frs. Vp.): Für uns süddeutsche Abgeordnete ist die Diätenfrage nachgerade eine Existenzfrage des Reichstags geworden. Wie wird denn der Reichstag überhaupt behandelt? Im Sommer kamen die Abgeordneten aus Süddeutschland hierher, um am folgenden Tage wie die Schulbuben heimgeschickt zu werden. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Man wendet das Verhältnis vom Herrn zum Diener auf uns an. (Hört, hört! links.) Wir sind eben zu gute Kerle. (Stürmische Heiterkeit; Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Ja, auch Sie sind zu gute Kerle. Sie wissen gar nicht, wie gut Sie sind! (Erneute Heiterkeit.) Kollege Bebel donnert ja wohl mal los, mehr aber würde helfen, wenn der Reichstag seine Verhandlungen so lange einstellt, bis der Reichskanzler hier wenigstens erscheint. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Immer los! Bewegung.) Heute kommt ein Unterstaatssekretär, morgen werden sie uns einen Regierungsassessor schicken. In einer Zeit, in der Oktavio v. Zedlitz gegen das von einem bayrischen Prinzen mit Recht gepriesene Reichstagswahlrecht wühlt, sollten wir uns im Reichstag doppelt hüten, die schon tendenziös genug verschlechterte und in einem Punkte geradezu verfassungswidrige Geschäftsordnung (Aha! rechts) noch weiter im reaktionären Sinne zu verschlechtern. In Süddeutschland ist man schon genug verstimmt über gewisse gefährliche Aeußerungen über innere und äußere Politik an unverantwortlicher Stelle. Der Reichskanzler hat die Pflicht, an maßgebender Stelle zu erklären, daß es so nicht weiter geht — so wahr er selbst kein Philister ist. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Werner (Antis.) findet den Gedanken sehr sympathisch, den Ministern so lange das Gehalt zu sperren, bis die Diäten bewilligt werden. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Blumenthal (Deutsche Vp.) will gern mitmachen, wenn die Drohung der Gehaltssperre verwirklicht wird.

Vielleicht wäre es gar nicht so übel, wenn als Regierungsvertreter ein Assessor erscheint; wenn der Dummheiten macht, so können sie bequemer zurückgenommen werden. (Heiterkeit und Zustimmung links.)

Hiermit schließt die Debatte. Der Antrag Bassermann wird gegen die Stimmen einiger Konservativen angenommen. Es wird darauf sogleich die zweite Lesung des Gesetzentwurfs Hompesch vorgenommen. Abg. v. Strombeck (Ztr.) beantragt einen Zusatz, der die näheren Bestimmungen dem Präsidenten des Reichstags überläßt.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) erklärt sich gegen den Antrag Hompesch schon deswegen, weil dieser freie Eisenbahnfahrt nur für die Sessionsdauer vorsieht, während er, Redner, eine solche für das ganze Jahr verlangt.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Hompesch mit dem Zusatz Strombeck wird in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und der Freikonservativen angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Kamerunbahn und Offizierpensionsgesetz.) Schluß 4½ Uhr. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 18. Januar 1906.

Wahlrechtsprozesse.

Die neue Aera der Rechtsprechung, die der Junker Erffa im Abgeordnetenhaus ankündigte, hat in Berlin just keinen vielversprechenden Anfang genommen. Das Amtsgericht von Kalkberge-Rüdersdorf, zu dem Genosse Preczang zuständig ist, hat zwar am Montag einen guten Anlauf gemacht, am Dienstag kam aber plötzlich irgend ein Etwas dazwischen, und der Kurs der Justiz erfuhr eine jähe Wendung. Es scheint, daß man beim Amtsgericht Kalkberge-Rüdersdorf zwar die feste Ueberzeugung hat, daß etwas geschehen müsse, daß man aber doch nicht genau weiß: was. So sicher es ist, daß Preczang als verantwortlicher Redakteur des Berliner Wahlrechtsflugblatts ein Verbrechen begangen hat, so ungewiß ist es, für welches Verbrechen man sich schließlich entscheiden wird.

Zunächst hieß es „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen", und das war schon ein recht schwieriger Fall für den öffentlichen Ankläger. Denn die „Verächtlichmachung" ist nur dann verwendbar, wenn jemand erdichtete und entstellte Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet und entstellt sind, zu seinem verbrecherischen Zwecke benutzt. Nun ist aber die Schändlichkeit des preußischen Wahlunrechts schon in Wirklichkeit so groß, daß nichts mehr hinzugedichtet und entstellt werden kann. Jedenfalls hätte ein Verfahren wegen Verächtlichmachung der Verteidigung Gelegenheit geboten, durch ein erdrückendes Tatsachenmaterial die Berechtigung ihres Standpunktes nachzuweisen, und nicht der Angeklagte, sondern das bestehende Wahlrecht wäre der wahre Verurteilte dieses Prozesses geworden.

Das war mehr, als was man von einem Staatsanwalt billig verlangen darf. Man begriff das auch in Kalkberge-Rüdersdorf und kam darauf, daß Preczang keine Staatseinrichtungen verächtlich gemacht, sondern die beiden Häuser des preußischen Landtags beleidigt habe. Wie lange man indes bei dieser Auffassung beharren wird, ist sehr zweifelhaft; denn Preczang und die Partei haben bei diesem Paragraphenwechsel keinen schlechten Tausch gemacht. Zur Verfolgung des Angeklagten ist jetzt nämlich die Zustimmung beider Häuser des Landtags notwendig geworden. Der Landtag aber kann sich in seiner Mehrheit nicht zum Träger der neuen Wahlrechtsjustiz machen; er kann den Genossen Preczang nicht an das große Messer liefern, ohne sich selbst dabei aufs tiefste zu kompromittieren. Aus den Debatten des Landtags und, wenn es so weit kommen sollte, aus den Verhandlungen vor Gericht wird die preußische Wahlrechtsbewegung neue mächtige Antriebe erhalten.

Indes ist alles Irdische vergänglich, so auch diese Betrachtungen. Wer weiß, durch welches Fegefeuer von Paragraphen der Genosse Preczang schon gegangen sein wird, wenn diese Zeilen zur Kenntnis der Leser gelangen? Wer weiß, bei welchem Verbrechen er schließlich enden wird? Gewiß ist nur, daß schon dieser Anfang den Beweis für die allgemeine Behauptung erbracht hat, die wir neulich aufgestellt haben: daß die neue Aera der Verfolgungen einzelnen Personen nicht so sehr schaden kann, wie sie unsre Sache fördern wird. —

Der österreichische Wahlrechtskampf.

Ministerpräsident Gautsch hat das allgemeine, gleiche Wahlrecht versprochen und er ist auf dem Wege, sein Wort einzulösen und eine entsprechende Vorlage dem Parlament vorzulegen. Jetzt aber beginnt das Feilschen und Handeln der verschiedenen Parteien und Nationen. Keine möchte von ihrem früheren Besitzstand etwas einbüßen und die Regierung wird bestürmt, durch Wahlkreisgeometrie und andre Bestimmungen denjenigen, die um ihr Mandat bangen — denn in vielen Fällen handelt es sich um die liebe eigne Persönlichkeit — zu einem sicheren Sitze zu verhelfen. Jeder schneidet sich einen Bezirk zurecht, in dem er gerade noch gewählt zu werden hofft.

Natürlich spielt dabei die Gefahr, die dem Deutschtum durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht „droht", eine große Rolle. In Böhmen verlangen die Agrarier beider Nationen und die städtische Bourgeoisie die Teilung von Stadt und Land. Diese Forderung richtet sich ausschließlich gegen die Arbeiter, die durch das Auseinanderreißen zusammenhängender Wirtschaftsgebiete in ihren Wahlchancen beträchtlich verkürzt werden. Das gleiche gilt von Mähren. In Wien geht die Schäbigkeit der Christlich-sozialen bei der Einteilung der Wahlbezirke so weit, daß sie selbst Straßenteilungen fordern, um sich auf diese Weise Mandate zu sichern.

Trotzdem sich all diese Wünsche gegen die Sozialdemokratie richten, beteiligt sich unsre Partei an solchen „Verhandlungen" nicht. Aber sie erinnert den Ministerpräsidenten Gautsch an sein gegebenes Wort, von dem die Partei nicht ein Jota ablassen werde. „Jeder Versuch," so heißt es in der Wiener „Arbeiter-Zeitung", „das Stimmrecht durch eine über die technischen Notwendigkeiten, also über die heutige 6 Monate hinausgehende Seßhaftigkeitsdauer zu verfälschen, wird unsre unversöhnliche Gegnerschaft finden. Ob man die Arbeiterklasse um ihr Recht bringt durch Kurien oder durch Zensus oder durch den Seßhaftigkeitsschwindel — Betrug ist Betrug, und betrügen lassen sich die Sozialdemokraten in Oesterreich nicht."

In Mähren sowie in Galizien und Böhmen regen sich die Arbeiter ebenfalls, um den Versuchen, das Wahlrecht zu verunstalten, entgegenzutreten. In diesen Tagen fanden zahlreiche Versammlungen statt, in denen die Unteilbarkeit von Stadt und Land und die der Nation gefordert wird. —

Gewerkschaftsbewegung.

Buchdruckerstreik. Zur Arbeitsniederlegung kam es am Dienstag früh in der Druckerei der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" in Essen. Den Anlaß dazu gab die erneute plötzliche Entlassung eines in Kündigung stehenden Setzers. 51 Mann verließen daraufhin die Offizin sofort, 21 Mann blieben stehen. Damit ist der offene Kampf perfekt geworden. — In Koburg hat ebenfalls das gesamte Personal der Dietzschen Hofbuchdruckerei wegen plötzlicher Entlassung von acht Verbändlern die Arbeit einmütig niedergelegt. Beide Orte sind streng zu meiden. —

g. **Böttcheraussperrung.** Wegen Ablehnung geringfügiger Forderungen auf Verbesserung ihrer mißlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse traten s. Zt. die nicht in den Brauereien beschäftigten Böttcher Kulmbachs in den Streik. Nach mehrmonatiger Dauer des Ausstandes mußte die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werden, da der Zuzug auswärtiger Streikbrecher zu groß war. Kaum war dies geschehen, als die übermütig gewordenen Unternehmer einen neuen Konflikt provozierten, indem sie an die Arbeiter die Forderung stellten, aus dem Verbande auszutreten. Da dieses Ansinnen zurückgewiesen wurde, sperrten die Unternehmer sämtliche Böttcher von neuem aus. —

Aus der Parteibewegung.

Schiedsgericht gegen Bock beantragt. Wir lesen in verschiedenen Zeitungen: Der sozialdemokratische Bezirksverein Leipzig-Connewitz beantragte beim Gesamtvorstand der Partei eine schiedsgerichtliche Entscheidung darüber, ob der zu einer Gefängnisstrafe verurteilte frühere Geschäftsführer des verkrachten Connewitzer Konsumvereins Bock noch länger zur sozialdemokratischen Partei gehören soll.

Sächsisches. Die „Leipziger Volkszeitung" berichtet: „Nicht fünfzehn, sondern fünfundzwanzig Artikel der „Leipziger Volkszeitung" aus den letzten 5 Wochen sind unter Anklage gestellt worden; zu diesen „Artikeln" gehört u. a. eine Notiz im „Tageskalender" und eine Buchhandlungsannonce." Dieser staatsanwaltschaftliche Eifer zur Rettung der Ordnung berührt etwas komisch. Auch bei dieser Aktion wird sich wohl das Wort bewahrheiten, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde. —

Im Namen Seiner Majestät des Königs — zum Sozialdemokraten erklärt. In München wurde der Schuhmachermeister Johann Hierhager im Hinblick auf § 3 des Vereinsstatuts und § 3 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei aus dem sozialdemokratischen Verein, somit auch aus der Partei ausgeschlossen. Wir haben darüber schon berichtet. Hierhager klagte nun vor dem Landgericht München I. Dieses erkannte: Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern. Der Beschluß des sozialdemokratischen Vereins München am 18. August v. J., wonach der Kläger Hierhager aus dem sozialdemokratischen Verein und der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde, wird für rechtsungültig erklärt. Der beklagte Verein hat die Kosten zu tragen. — Sollte der königlich bayrische Sozialdemokrat Johann Hierhager nicht vorziehen, seinen Austritt zu erklären, so wird ihm voraussichtlich ein Parteischiedsgericht die Parteizugehörigkeit neuerdings absprechen und ihn trotz alledem nochmals „a. D." stellen. —

„Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie." Unter diesem Titel gibt die Buchhandlung Vorwärts soeben den Sonderabdruck der Verhandlungen in Jena über diesen Gegenstand heraus. Der Parteitag hatte beschlossen, nur die Bebelsche Rede über den politischen Massenstreik als besondere Broschüre zu drucken. Der Parteivorstand glaubte aber die Debatte in dieser, für die Massenagitation bestimmten Broschüre ebenfalls veröffentlichen zu müssen, um so auch die Ansicht der Gegner des politischen Massenstreiks in weitere Kreise zu tragen und so zur Klärung der Frage beizutragen. Das jetzt ausgegebene Heft erscheint als das fünfte der Sammlung, die unter dem Titel „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek" erscheint und deren Aufgabe es ist, das wichtigste Tatsachenmaterial den Genossen dauernd zu erhalten, in indifferenten Kreisen aber durch solche Gelegenheitsschriften auf die Sozialdemokratie und ihre Forderungen aufmerksam zu machen. In dieser Sammlung sind bisher fünf Hefte erschienen: Prinz Arenberg und die Arenberge — Der Zukunftsstaat der Junker — Der Klassenkampf im Ruhrgebiet — Das neue Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter — Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. Jedes Heft der Sammlung kostet 20 Pfennig, die Agitationsausgabe der Broschüre, die nur an Vereine, Vertrauensleute usw. zum Zwecke der Massenverbreitung geliefert wird, ist zu einem billigeren Preise zu haben. —

Provinz und Umgegend.

Gemeindevertreterwahlen.

Im Monat März haben die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen stattzufinden. Auf Grund der Landgemeindeordnung müssen vom 15. bis 30. Januar die Wählerlisten ausgelegt werden. Die Listen liegen in den Gemeindebureaus zur öffentlichen Einsicht aus. Parteigenossen! Es ist notwendig, daß ein jeder Wähler rechtzeitig Gelegenheit nimmt, sich von der Eintragung seines Namens zu überzeugen, da er sonst seines Wahlrechts verlustig geht. Genossen, die infolge ihres Arbeitsverhältnisses verhindert sind, selber Einsicht in die Listen zu nehmen, wollen sich an die bekannten Genossen wenden, die bereit sind, für sie die Einsicht vorzunehmen und gegebenenfalls für die Eintragung Sorge zu tragen. Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reichs ist und 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit 1 Jahr in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben gezahlt hat, und außerdem 6. entweder a) ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark herangezogen wird, d. h. nach dem fingierten Jahressteuersatz mindestens 4 Mark Steuern zahlt. Hat ein Gemeindemitglied seinen Wohnsitz in eine andre Gemeinde verlegt, so kann es an die Gemeindevertretung seines Wohnortes, sofern im übrigen die Voraussetzungen der Wahlberechtigung erfüllt sind, den Antrag auf Verleihung des Wahlrechts vor Ablauf eines Jahres stellen.

Fermersleben, 16. Januar. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Freitag nachmittag 4 Uhr im Rathause statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Jahresbericht, Revisionsbericht, Wahl einer Kommission zur Vorprüfung des Gemeindehaushaltplans pro 1906, Anträge der Vertreter der zweiten und dritten Abteilung betreffend Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter und Schöffen, sowie die Sitzungen abends abzuhalten, Bewilligung eines Beitrags für den Hilfsverein für Blinde der Provinz Sachsen. Erhöhung des Zuschusses, welchen die Gemeinde bisher an den Christlichen Volksverein hier für Zwecke der Gemeindekrankenpflege in Höhe von 200 Mark jährlich gezahlt hat. —

Gr.-Ottersleben, 17. Januar. (Versammlung.) Hier tagte am 14. ds. die laufende Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik- und Landarbeiter. Genosse Klotsch hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über Zweck und Ziele der Gewerkschaften. Der Kassierer gab dann den Kassenbericht vom vergangenen Quartal. Es konnte wiederum eine erhebliche Zunahme der Mitgliederzahl konstatiert werden, was wohl zum Teil mit auf die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung, welche am 1. Oktober v. J. in Kraft getreten ist, zurückzuführen ist. Aber es bleibt im Verhältnis zur Einwohnerzahl immer noch zu wünschen übrig. Es kommen hier hauptsächlich die vielen Landarbeiter in Betracht und bietet sich den Kollegen noch ein weites Feld zur Bearbeitung. Dann wurden vom Vorsitzenden die vielen Beitragsrückstände gerügt, was nur auf die Nachlässigkeit der Hilfskassierer zurückzuführen sei, und beschlossen, hierin Remedur eintreten zu lassen. Nach Erledigung weiterer Verbandsangelegenheiten wurde folgendes zur Sprache gebracht: Der Kollege Stage, der früher Aufseher beim hiesigen Konsumverein war und der wegen der bekannten Lohnforderungsgeschichte entlassen wurde, benötigte in letzter Zeit ein Führungszeugnis von seiner Stellung beim Konsumverein. Er wandte sich deswegen in einem höflichen Schreiben an den Vorstand des Vereins um die nachträgliche Ausstellung eines Führungszeugnisses. Jeder andre Arbeitgeber hätte doch solcher Bitte entsprochen. Die Verwaltung des Konsumvereins aber, die selber aus Arbeitern besteht, lehnt diese Bitte mit folgendem Schreiben ab:

Groß-Ottersleben, den 30. 12. 05.

Herrn Stage, hier.

Auf Ihr Schreiben vom 25. d. M. erwidern wir, daß wir uns nicht veranlaßt fühlen, Ihnen noch jetzt ein Führungszeugnis auszustellen. Wir werden aber bereit sein, falls Sie eine Stellung in Aussicht haben, dem betr. Arbeitgeber Auskunft zu erteilen.

Konsumverein Groß-Ottersleben, e. G. m. b. H.
J. A.: H. Röpke.

Ferner ist von einer der Verwaltung nahestehenden Seite das Gerücht verbreitet worden, der Kollege Stage hätte sich jetzt wieder als Konsumkutscher gemeldet. Diese Bemerkung ist eine schwere Kränkung des Kollegen Stage und eine Beleidigung des Verbandes. Auf ein Schreiben an den Vorstand, diese Unwahrheit öffentlich richtigzustellen, ist gar nicht geantwortet worden. Um die Ehre des Kollegen zu verteidigen, beschloß die Versammlung die Veröffentlichung dieser Sache und nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung spricht ihre schärfste Mißbilligung über das Verhalten und die Handlungen der Verwaltung des hiesigen Konsumvereins aus und überläßt es der Oeffentlichkeit, hierüber ein Urteil zu fällen." Nachdem im Punkt „Verschiedenes" noch einige Sachen erledigt waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung. —

Burg, 18. Januar. (Tolle Gerüchte) durchschwirren unsre Stadt. Die ungeheuerlichsten Dinge werden erzählt, woran im Grunde die einzelnen Erzähler selbst nicht glauben. Was da alles in Kürze passieren soll, ist haarsträubend und nur die bösen Sozi sind imstande, derartige Ungeheuerlichkeiten zu vollbringen. Das eine ist es namentlich, was den ehrbaren Spießbürgern unsrer Stadt viel Angst und Pein bereitet, nämlich — man schaudere — am Sonntag geht's los. Was? Nun die Revolution. Und was dann alles für Schandtaten vollbracht werden sollen! Alle Reichen sollen totgeschlagen und ihnen das Geld gemopst werden. Gebäude sollen demoliert und niedergebrannt werden und noch vieles mehr. Kommt da ein ehrbarer Handwerksmeister und erzählt folgendes: Am Sonntag geht's hier hoch her, da ist sich keiner seines Lebens sicher. Wenn der „Janhagel" losgeht, dann ade Burg. Er werde sein Geld zum Sonntag in Sicherheit bringen und jeder andre solle es auch so machen. Wenn dann die „Revolution" vorbei ist, hat man es wenigstens wieder. Wir wollen dem ehrbaren Manne noch verraten, daß am Sonntag hier so gehaust wird, daß am Montag von Burg nichts mehr zu sehen ist. Alles wird in Grund und Boden geschlagen werden. Also heißt es, schleunigst Testament machen und Buße tun, denn die Sozi werden gar streng zu Gericht sitzen. — Doch genug. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es im 20. Jahrhundert noch Menschen gibt, die ein solch unsinniges Zeug schwatzen können und daran glauben. Für gewisse Kreise wäre es ja allerdings ein gefundenes Fressen, wenn sich die hiesige Arbeiterschaft durch irgendwelche Maßnahmen provozieren ließe und man sich dann daran weiden könnte, mißliebige Personen in Nummer „Sicher" zu sehen. Aber die Freude sollen sie nicht haben. Die Arbeiter sind viel zu gut erzogen, als daß sie sich zu irgendwelchen Dummheiten hinreißen lassen sollten. Das eine möchten wir gewissen Angstmeiern noch zur Beruhigung sagen, daß Burg am Montag noch genau so aussehen wird wie an jedem andern Tage. —

Calbe a. S., 18. Januar. (Bei der Flugblattverbreitung) am Sonnabend wurden etwa 300 Flugblätter beschlagnahmt; in drei Fällen wurden die Personalien der Verbreiter festgestellt. Auf dem Lande wurde anstandslos verbreitet. —

Förderstedt, 18. Januar. (Ein Bauunglück.) Am Freitag abend kurz nach 6 Uhr stürzte unter donnerähnlichem Getöse das während des Winters neuerbaute Maschinenhaus der Zementfabrik „Saxonia" im benachbarten Glöthe ein. Menschen wurden dabei glücklicherweise nicht verletzt, was aber sehr leicht hätte geschehen können. Man hatte im Gebäude Ausschachtungen zu den Fundamenten der Maschinen vorgenommen, und zwar 3 Meter tiefer als die Sohle der Ringwände. Absteifungen waren nicht vorgenommen, wodurch der Einsturz hätte verhindert werden können. Wie uns mitgeteilt wird, erhielt am Sonnabend bei den Aufräumungsarbeiten der Maurer Fräßdorf aus Förderstedt von einem Träger einen derartigen Schlag vor den Leib, daß der Mann sofort zu Boden stürzte und mittels einer Droschke in seine Wohnung gebracht werden mußte, wo er noch schwerkrank daniederliegt. —

Genthin, 16. Januar. (Die Flugblattverbreitung) in unserm Bezirk wurde am Sonntag erledigt. Die Flugblätter fanden überall eine freundliche Aufnahme. In Altenplathow wurde ein Genosse von einem Gendarmen notiert. Der Gendarm kontrollierte am Sonntag vormittag Altenplathow, trotzdem ein eifriger Amtsdiener dort ist, bis er am Mittag den Genossen anhielt. Gegen ein Strafmandat wird richterliche Entscheidung beantragt werden. Die Beteiligung der Genossen an der Verbreitung ließ viel zu wünschen übrig. Wir hoffen, daß sich am Sonntag vormittag ½8 Uhr in Genthin beim Genossen Wegener, in Altenplathow um dieselbe Zeit beim Genossen Giese mehr Genossen einfinden, um die Handzettel zur Versammlung zu verbreiten. —

Halberstadt, 16. Januar. (Ammenmärchen) werden nicht nur von der Schuljugend, sondern auch von einem Teil der hiesigen Bevölkerung verbreitet; man erzählt sich schaurige Geschichten. Man höre und staune: Die Sozialdemokraten wollen am Sonntag nachmittag Revolution machen und dann soll am Abend im „Odeum" ein Maskenball stattfinden. Ferner: Die Kürassiere haben schon ihre Säbel geschliffen und die 27er üben jeden Tag, haben scharfe Patronen erhalten und sind in Kriegszustand versetzt. Das kann demnach ein schöner Sonntag werden. Revolution und Maskenball, das reimt sich schön zusammen. —

Klötze, 17. Januar. (Ein Polizeistückchen.) Der hiesige Bürgermeister beauftragte kürzlich den Polizeisergeanten, dem Austräger der „Volksstimme" einmal die Zeitung abzunehmen, offenbar weil er sich einmal sozialistische Literatur zu Gemüte führen wollte. Als am Sonntag der Sohn unsres Genossen v. d. Ohe noch einige Exemplare der „Volksstimme" und des „Wahren Jacob" austrug, führte der Polizeisergeant den Auftrag des Bürgermeisters aus. Der Polizeimann sagte, der Bürgermeister möchte die Zeitschriften gern einmal einsehen und nahm dem Jungen alles ab. Genosse v. d. Ohe begab sich sofort zu dem Bürgermeister und verlangte die sofortige Herausgabe der Zeitungen. Der Bürgermeister erklärte ihm, er wolle die Zeitung einsehen und wenn er nichts Beleidigendes darin fände, könne unser Genosse sie wieder bekommen. Genosse v. d. Ohe erwiderte ihm, daß die Durchsicht der Zeitung, ob sie beleidigenden Inhalt hätte, schon von andrer Seite erfolge, darum brauche er sich nicht zu bemühen. Er empfahl dem Herrn, auf die „Volksstimme" zu abonnieren, wenn er sie gern lesen möchte. Unser Genosse mußte ohne die Zeitungen wieder gehen und hat sie auch bis zur Stunde nicht zurückerhalten. Gegen das Vorgehen des Bürgermeisters wird natürlich Beschwerde erhoben werden. Unsre Genossen in Klötze werden aber jetzt mit verdoppeltem Eifer für ihr Blatt agitieren. —

Osterwieck, 15. Januar. (Nochmals die Stadtverordnetenwahl am 12. Januar 1906.) Nachdem die Stadtverordnetenwahlen für hier vorläufig erledigt sind, macht es sich notwendig, an dieser Stelle nochmals darauf einzugehen, um so mehr, weil diejenigen, die es angeht, in den Versammlungen doch nicht erscheinen. Seit 10 Jahren haben wir, meist alle Jahre, Stadtverordnetenwahlen gehabt. Da muß man sich jetzt doch fragen: wie ist es möglich, daß in einer Industriestadt wie hier, wo es doch immerhin etwa 500 organisierte Arbeiter gibt, eine solche minimale Stimmenzahl für unsern Kandidaten abgegeben werden konnte. Wohl noch nie war die Gelegenheit so günstig, unsre Kandidaten durchzubringen, als gerade bei den Wahlen am 25. November 1905 und am 12. Januar 1906, und niemand war mehr überrascht von dem Ausgang der Wahl am 12. Januar, als gerade unsre Gegner. Man kann sich den Jubel unsres Kleinbürgertums daher wohl vorstellen, als es ihnen geglückt war, in einer so revolutionären Zeit die Sozialdemokraten zu besiegen. Man muß zugestehen, wenn man bedenkt, daß unser Gegenkandidat in einer Versammlung von 35 Personen nur 12 Stimmen erhalten hat, während die andern Stimmen zersplitterten, daß die Bürger eine Disziplin geübt haben, woran sich die Arbeiter in Zukunft ein Beispiel nehmen mögen. Es muß einmal offen ausgesprochen werden: das Verhalten der Arbeiter am 12. Januar war mehr als Disziplinlosigkeit, und zwar waren es die Mitglieder der großen Gewerkschaften, welche uns im Stiche ließen. Wir hatten gerade bei dieser Wahl in hervorragender Weise betont, daß die Parteiehre, die Arbeiterehre auf dem Spiele stände. Wir hatten die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften zu einer Besprechung eingeladen. Dieselben hatten sich verpflichtet, für unsre Kandidaten bei ihren Mitgliedern einzutreten, das Kartell hatte sich verpflichtet. Das Flugblatt ließ keinen Zweifel an der Wichtigkeit gerade dieser Wahl übrig — und der Erfolg? Von den Parteigenossen, die am 28. November für uns gestimmt hatten, wählten diesmal 33 nicht; dazu kamen 15 neue Wähler, davon acht Nichtwähler. Und dieses Resultat in einer Stadt, welche man einst die Hochburg der Sozialdemokratie in dem Wahlkreis Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode nannte! Es ist dies eine Schande, welche die Arbeiter von Osterwieck so leicht nicht wieder abwaschen können, und da kann keine Entschuldigung gelten. Wenn die Beteiligung einmal beschlossen war, so hatte jeder Parteigenosse die Pflicht, sich an der Wahl zu beteiligen! Wir kämpfen doch nicht für Personen, sondern für unsre Sache, die Ziele der Sozialdemokratie zu fördern. Wenn man die Wähler nach ihren Gewerkschaften zusammenstellt, so ergibt sich folgendes Bild:

	Handschuhmacher	Lederarbeiter	Land- und Hilfsarbeiter
am 28. November	29	26	28
am 12. Januar .	17	19	18
weniger	12	7	10

Die andern Stimmen kamen von den kleinen Gewerkschaften, nur die Maurer haben sich diesmal vollständig ausgeschlossen. Um nun eine Besserung der hiesigen Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse herbeizuführen, ist es Pflicht aller Arbeiter und Genossen, sich nicht nur dem Wahlverein und der Gewerkschaft anzuschließen, sondern auch die Versammlungen zu besuchen, um sich mit den Zielen und Forderungen der Partei vertraut zu machen. Das Gewerkschaftskartell hat in seiner letzten Sitzung eine Resolution angenommen, in der betont wird, daß der Emanzipationskampf der Arbeiter nicht auf nur gewerkschaftlichem Boden durchzuführen ist. Wenn jeder einzelne nach dieser Resolution sein Handeln einrichtet, so können wir in 2 Jahren ruhig den Kampf wieder aufnehmen und brauchen uns nicht vor den auswärtigen Genossen zu schämen. —

Quedlinburg, 17. Januar. (Achtung, Parteigenossen!) Die nächste Volksvereins-Versammlung findet am Sonnabend den 20. d. M. im „Vorwärts" statt. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, in derselben zu erscheinen. —

Staßfurt, den 17. Januar. (Die ungeheuerlichsten Gerüchte) über den 21. Januar durchschwirren die Stadt. Von nichts Geringerem wird gefaselt, als von offener Revolution und von den außerordentlichen Maßregeln, die angewendet werden sollen, von Infanterie, Artillerie und allem möglichen. Ein Paar Hauptmänner, die Genossen Rücker und Wizorowski, sollen schon seit mehreren Tagen dingfest gemacht sein. — Wenn diejenigen Leute, die sich so große Mühe geben, den 21. Januar so ungeheuer aufzubauschen, damit die Absicht verfolgen, Provozierungen der Arbeiterschaft von vornherein zu entschuldigen und damit auf ein Blutbad als eine unausbleibliche Notwendigkeit vorzubereiten, so möge ihnen gesagt sein, die Zeiten der Schlacht bei Ilgenstein sind vorüber. Die Arbeiter werden sich durch nichts, rein gar nichts provozieren lassen und etwaigen Achtgroschenjungen scharf auf die Finger sehen. Nach dem ihnen zustehenden gesetzlichen Rechte werden sie ihre Versammlung abhalten und dann ruhig nach Hause gehen. —

Staßfurt, 16. Januar. (Das neue Pastorwohnhaus) der St.-Petri-Gemeinde ist nun nahezu fertig. Es gleicht mehr einem Schloß als der Wohnung eines Jüngers jenes Jesus von Nazareth, der nichts hatte, wo er sein Haupt hinlegen sollte, und der niemals schärfere Worte fand, als wenn es galt gegen die Verderblichkeit des Reichtums zu predigen. Wenn Herr Pastor Eggebrecht schon das Los der fiskalischen Arbeiter zu preisen wußte, denen vergönnt sei, in den schönen Werkswohnungen zu wohnen, wie außerordentlich glücklich muß er sich da nicht schätzen, ein so prächtiges und geräumiges Gebäude, dessen Baustil allerdings nicht ungeteilte Anerkennung findet, bewohnen zu dürfen. Aus diesem Glücksgefühl heraus entspringt wohl auch der am Erker in Goldschrift angebrachte Spruch „Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln!", ein Spruch Davids, der Anfang des 23. Psalms. Man vermöchte allerlei Betrachtungen darüber anzustellen, daß eine Stelle des Alten Testaments als Sinnspruch gewählt ist. Die jüdische Religion war nicht so abstrakt, als die christliche es sein möchte. Der jüdische Jehova war vorwiegend gedacht als der materielle Schützer und Förderer seines auserwählten Volkes, das seine Gottheit mit allen ihren Attributen anerkannte, dafür aber auch entschieden den Schutz der materiellen Interessen von ihm erwartete. Diese Auffassung war naiv, entsprach aber durchaus dem Kulturstand des jüdischen Volkes in seiner alttestamentarischen Zeit. Die gleiche Naivität findet sich übrigens auch in ungezählten Fällen in der christlichen Religion, z. B. in der vierten Bitte, und das Sprichwort „Not lehrt beten" spricht gleichfalls für eine weitverbreitete materielle Auffassung des Christengottes. Ja, es finden sich sogar eine große Anzahl positiver christlicher Vorschriften, die befehlen, Gott in jeder Not anzurufen. In dieser Beziehung weichen also christliche und jüdische Religion nicht bedeutend voneinander ab. Immerhin aber basierte die jüdische Religion noch mehr auf materiellen Grundlagen als die christliche, und deshalb ist die Anwendung jenes Psalmenverses als Sinnspruch um so bezeichnender. Wenn nun auch Herr Pastor Eggebrecht angesichts seiner prächtigen Wohnung und seines recht auskömmlichen Gehalts mit freudigem Stolz sagen kann: „mir wird nichts mangeln" — so dürften andre Mitglieder seiner Gemeinde, denen der Herr ebenso der Hirte ist wie Herrn Eggebrecht, weniger Veranlassung haben, emphatisch an ihre Tür zu schreiben: „mir wird nichts mangeln". —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 17. Januar 1906.

Diebstahl. Der vorbestrafte Schweizer Andreas Regel aus Stadt Steinach, geboren 1887, stahl am 8. Juli 1905 in der Kaiserstraße hier ein Fahrrad, das ihm bald darauf wieder abgenommen wurde. Der geständige Angeklagte erhielt wegen Rückfalldiebstahls 8 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

Wegen schweren Diebstahls, Beihilfe dazu und schwerer Hehlerei sind angeklagt: 1. der Schlosser Arno Müller hier, geboren 1870, 2. dessen Ehefrau, Anna geb. Wiedenbeck, zu Gr.-Ammensleben, geboren 1874, 3. der Monteur Christoph Künne hier, geboren 1870, vorbestraft, und 4. der Handelsmann Adolf Suck zu Berlin, geboren 1855. Der Ehemann Müller und Künne arbeiteten in der Fabrik der Firma L. Haas zu Cracau und stahlen dort teils allein, teils gemeinschaftlich in der Zeit vom Juni bis Mitte August 1905 fortgesetzt mittels Einsteigens Messing, Kupfer und Rotguß. Diese Metallstücke schafften sie dann unter Beihilfe der Frau Müller nach Berlin und verkauften sie zu billigen Preisen an Suck, der von den Diebstählen Kenntnis gehabt haben soll. Er will weniger für das Metall gezahlt haben, weil es nicht eisenfrei war und erst gereinigt werden mußte. Eintragungen über die Ankäufe hat er nicht gemacht. Gelegentlich eines Besuchs bei Müller wurde verhaftet. Müller will von dem gelösten Gelde über 300 Mk., Künne aber nur etwa 100 Mk. erhalten haben. Nach der Ueberzeugung des Bestohlenen beträgt sein Schaden mehrere tausend Mark. Auf Grund des Beweisergebnisses verurteilte die Kammer den Ehemann Müller wegen fortgesetzten schweren Diebstahls zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Künne zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Frau Müller wegen Beihilfe zum einfachen Diebstahl zu 1 Woche Gefängnis, Suck wegen fortgesetzter einfacher Hehlerei zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Den drei in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten wurden je 3 Monate als verbüßt auf die Strafe angerechnet. —

Kaufmannsgericht Magdeburg.

Sitzung vom 17. Januar 1906.

Abgewiesen. Der Handlungsgehilfe Hertel wurde von dem Geschäftsinhaber Ferchland im September 1905 sofort entlassen, weil er zu spät ins Geschäft gekommen sei. Außerdem habe sich H., der bei dem Prinzipal in freier Station war, einen Hausschlüssel besorgt, weil er von dem Chef nicht immer einen erhalten habe. Da sich der Kläger des Abends nach Geschäftsschluß öfter ohne Erlaubnis aus dem Hause entfernt habe, verstieß er dadurch auch nach Ansicht des Gerichts gegen die Hausordnung (!), so daß seine sofortige Entlassung berechtigt war. Kläger wird mit seiner Forderung in Höhe von 62 Mark (Gehalt und Unterhalt für 20 Tage) abgewiesen. —

Einen Vergleich, zu dem nach Lage der Sache und zur Ersparung weiterer Zeugenvernehmungen der Vorsitzende dringend riet, schlossen die Parteien in der Klage der Verkäuferin Marie Büttemann gegen den Kaufmann Gustav Rose. Die Klägerin war entlassen worden, weil sie „Redensarten im Geschäft geführt hatte, die ihr nicht zukamen" und die nach Angabe des Beklagten „gegen die gute Sitte" verstießen. Unter Vorbehalt weiterer Forderungen bis 31. März verlangt die Klägerin an Restgehalt für Januar 39,40 Mk. Sie will die allerdings seinen Aeußerungen gegenüber dem 15jährigen Laufburschen des Geschäfts nicht getan haben, behauptet vielmehr, daß auch der Chef „unpassende Bemerkungen" über junge Mädchen usw. ihr gegenüber gemacht habe. Auf dringendes Ersuchen des Vorsitzenden einigen sich die Parteien auf 65 Mark, da ein weiteres Eingehen auf die Sache ihn als Vorsitzenden genieren müsse und auch nicht im Interesse der Parteien liege. —

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 15. Magdeburg, Freitag den 19. Januar 1906. 17. Jahrgang.

Gewerkschaftliche Landeskunde.

Soeben ist ein neues Werk über die Gewerkschaften Deutschlands erschienen, das sich würdig dem Besten anreiht, was über diese Materie bisher veröffentlicht wurde. Der Marburger Professor Dr. Trältsch und der Statistiker Dr. Paul Hirschfeld-Berlin haben ein in seiner Art einziges und deshalb auch entsprechend kostspieliges Buch erscheinen lassen unter dem Titel: „Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896—1903." (C. Heymann, Berlin.) Ueber das Werk wird der Frankfurter „Volksstimme" aus leitenden Gewerkschaftskreisen geschrieben:

Die Verfasser hatten sich zur Aufgabe gestellt, zu untersuchen, wie die gewerkschaftliche Bewegung sich in den verschiedenen Landesteilen entwickelte. Dazu mußten sie die äußere und innere Organisation der 44 freien (die Verfasser sagen „sozialdemokratischen") Zentralverbände studieren, die Mitgliederzahlen nach Bundesstaaten, Regierungsbezirken und Industriegebieten gruppieren, sondieren und mit den Konkurrenzorganisationen vergleichen. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß damit eine grundlegende Riesenarbeit geleistet wurde, auf die jeder zurückgreifen muß, der die Existenzbedingungen sowie die organisatorische und taktische Praxis der einzelnen Gewerkschaften begreifen will. Enthält auch der textliche Teil des Buches manche von uns nicht zu unterschreibende Auslassung, die beigebrachten Statistiken füllen in der Gewerkschaftsliteratur eine fühlbare Lücke in ausgezeichneter Weise aus. Trältsch und Hirschfeld haben dem gewerkschaftlichen Praktiker ein unentbehrliches Handbuch geschenkt, eine wahre Fundgrube für den Agitator und für den Wissenschaftler.

Es fehlte bisher eine Uebersicht der Gewerkschaftsmitglieder getrennt nach Landesteilen. Daraus sind auch vielfach falsche Beurteilungen der von den Gewerkschaftsleitern eingeschlagenen agitatorischen Taktik entstanden; den Kollegen in den Hochburgen der Arbeiterbewegung wollte es nicht einleuchten, warum z. B. in Köln und Oppeln nicht dieselbe Taktik befolgt würde, wie in Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt und Magdeburg. Trältsch-Hirschfeld geben den Kollegen einen Leitfaden für das Verständnis der notwendigsten taktischen Verschiedenheiten. Es hatten die freien Zentralverbände Mitglieder in:

	1896 absolut	1896 Prozent	1903 absolut	1903 Prozent
Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hohenzollern)	36 659	16,2	94 863	12,4
Mitteldeutschland (Königreich Sachsen, Thüringen)	40 504	17,7	119 037	15,5
Ostdeutschland (Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien)	17 239	7,5	57 358	7,5
Mittelnorddeutschland (Brandenburg, Berlin, Provinz Sachsen Anhalt, Braunschweig)	49 394	21,6	209 450	27,3
Hansestädte (Hamburg, Lübeck, Bremen)	18 461	8,1	70 918	9,2
Uebrig. Nordwestdeutschland (Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg, Lippe)	33 541	14,7	73 811	9,6
Westdeutschland (Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Waldeck, Hessen	29 104	12,7	134 418	17,6

In den mittel- und norddeutschen Gebieten wohnten 1903 52 Proz. unsrer Gewerkschaftsgenossen, in der Hauptstadt Berlin allein 13,1 Proz., im Königreich Sachsen 12,3 Proz., in Hamburg 6 Proz., in der Provinz Sachsen 5,9 Proz., im Regierungsbezirk Wiesbaden dagegen nur 0,3 Proz. Absolut entwickelten sich die freien Gewerkschaften im Regierungsbezirk Wiesbaden wie folgt: 1896 1021, 1897 5504, 1898 7220, 1899 10 603, 1900 13 050, 1901 13 287, 1902 12 234, 1903 15 568. Der Löwenanteil fällt natürlich auf die Stadt Frankfurt a. M.

Betrachten wir uns nun aber auch die Gebiete mit der gewaltigen Bergwerks-, Hütten-, Eisen-, Stahl-, Maschinen- und Textilindustrie, also Schlesien und Rheinland-Westfalen. Ohne die Beherrschung gerade dieser volkswirtschaftlich ausschlaggebenden Industriezentren wird unsre Gewerkschaftsbewegung Stückwerk bleiben. In Schlesien wohnten 1903 nur 3,9 Proz. unsrer Gewerkschaftsgenossen, in Westfalen nur 6,3 Proz., im Rheinland nur 6,5 Proz. Wenn erst in diesen Provinzen die Hauptmassen der gewerkschaftlich Organisierten wohnen, wird das richtige Verhältnis erreicht sein! Es kommt aber hinzu, daß in jenen industriellen Hauptzentren die Gewerkschaftsbewegung in der Hauptsache nur von ein oder zwei Berufen getragen wird. Der Regierungsbezirk Oppeln (oberschlesisches Industriegebiet) wies 1903 nur 2522 Gewerkschaftsmitglieder auf, davon waren 800 Bergleute und 229 Metallarbeiter; in Oberschlesien arbeiten aber etwa 200 000 Arbeiter in der Bergwerks-, Hütten-, Stahl- und Eisenindustrie. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wohnten 38 529 Gewerkschaftsmitglieder, von ihnen gehörten 12 601 dem Bergarbeiter-, 7294 dem Metallarbeiter-, 7819 dem Textilarbeiterverband an. Also über 70 Proz. der Organisierten am hochindustriellen Niederrhein sind Berg-, Metall- oder Textilarbeiter; natürlich werden sie, zumal die Bergarbeiter, die allein über 30 Prozent der Organisierten ausmachten, die taktischen Anschauungen der Gewerkschaftsleiter beeinflussen. Noch merkwürdiger ist das Verhältnis im Regierungsbezirk Arnsberg. Hier waren von den 38 911 Organisierten (33 Zentralverbände) 31 157 Bergarbeiter und nur 2019 Metallarbeiter, 1520 Maurer, 676 Holzarbeiter. Dabei arbeiten in Rheinland-Westfalen Hunderttausende auch in der Eisen-, Stahl-, Textil-, Holzindustrie usw., weit mehr noch, wie in den Bergwerken. Jedoch waren 1903 von den 97 951 Mitgliedern sämtlicher Zentralverbände allein 47 683, gleich 50 Proz. Bergarbeiter! Würde man die Statistik noch mehr spezialisieren, so ergäbe sich, daß in zahlreichen schlesischen und rheinisch-westfälischen Landgemeinden und Städten über 90 Proz. der Organisierten nur Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sind.

Nun haben Trältsch-Hirschfeld auch für 1903 die geographische Verteilung unsrer Konkurrenzorganisationen, der Hirsch-Dunckerschen und der „christlichen" Gewerkvereine ermittelt. Besser wie eine lange Abhandlung werden nachfolgende Zahlen beweisen, warum die Kollegen in unsern mitteldeutschen und norddeutschen Hochburgen oft nicht verstehen, weshalb die Taktik der westdeutschen Gewerkschaftsleiter nicht mit der in andern Bezirken geübten übereinstimmen kann. Es wohnten von den Mitgliedern der:

	freien Gewerkschaften	Hirsch-Dunckersche u. christl. Gewerkvereine
in Preußen	56,5 Proz.	79,1 Proz.
„ Bayern (rechtsrheinisch)	6,2 „	5,0 „
„ Sachsen	12,3 „	3,1 „
„ Thüringen	3,2 „	0,9 „
„ Hamburg	6,0 „	0,2 „
„ Berlin	13,4 „	4,2 „
„ Schlesien	3,9 „	8,5 „
„ Hessen-Nassau	2,9 „	0,6 „
„ Westfalen	6,3 „	24,9 „
„ Rheinland	6,5 „	22,6 „

Schlesien ist der Hauptverbreitungsbezirk der Hirsch-Dunckerschen Gewerke, sie besitzen dort 16 Proz. ihrer gesamten Mitglieder; in Westfalen sitzen 9,2 Proz., in Rheinland 10,6 Proz. der Hirsch-Dunckerianer; auch im Regierungsbezirk Merseburg sind sie mit 8,4 Prozent vertreten. Noch charakteristischer ist die Verteilung der vom Zentrum beeinflußten „christlichen Gewerkvereinsmitglieder". Von ihrer Gesamtzahl wohnten 27,5 Prozent im Rheinland, 50,3 Prozent in Westfalen, also domizilierten 77,8 Prozent der ganzen 99 219 „christlichen Gewerkvereinler" Deutschlands in den beiden westlichsten Provinzen und hier wieder mit 64,3 Proz. in den hauptsächlich montanindustriellen Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf. Leicht begreiflich, daß unsre Kollegen und Genossen in Mittel- und Norddeutschland, wo nur ganz verschwindende Bruchteile „Christlicher" oder gar keine zu finden sind, manches, was in der rheinisch-westfälischen Gewerkschaftsbewegung geschieht, nicht verstehen. Sie werden in der neuen Veröffentlichung auch entdecken, daß die „Christlichen" in bedeutenden Gebiets- und Industrieteilen absolut und prozentual stärker sind, wie unsre betreffenden Gewerkschaften. Aber dem Leser wird auch auffallen, daß der Bergarbeiterverband, der sich den Umständen am konsequentesten angepaßt hat, seit Jahren immer mehr die Konkurrenzorganisationen überflügelte. Und wer die Vorgänge im Ruhrgebiet genau verfolgte, weiß deshalb, daß der freie Bergarbeiterverband den „christlichen" Bergarbeitergewerkverein allmählich gezwungen hat, die wirtschaftlichen Forderungen des Verbandes zu akzeptieren. Unsre Taktik hat also nicht zu Konzessionen nach rechts geführt, sondern sie hat die Gegenorganisation unaufhaltsam nach links gedrängt.

Mit diesen Andeutungen müssen wir uns begnügen. Wem daran liegt, die deutschen Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Existenzbedingungen im Detail kennen zu lernen, darf an dem Buche von Trältsch-Hirschfeld nicht vorbeigehen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Klara Müller-Jahnke.

(32. Fortsetzung.)

Du, ich habe Sehnsucht nach Dir. Eine rasende, fiebernde, schütternde Sehnsucht habe ich.

So stark und gewaltig, daß sie mich fast nicht schreiben läßt . . . .

Was soll ich Dir auch schreiben? Wie soll ich Dir den blassen, kühlen Zukunftstraum meiner vierundzwanzig Jahre schildern in dieser flammenden Herbstabendsonnenpracht?

Die lügen, die da sagen, daß die heißeste Glut in der Jugend loht. Die heißeste Glut ist ein vollbewußtes, reifes, rasendes Verlangen, das alle einengenden Fesseln zersprengt.

Und die Jugendliebe? O, die Jugendliebe, Du! Das sind Phantome, blasse Schatten, die nicht Blut und nicht Leben haben, die ganz Ahnung sind, ganz Stimmung nur: eine lilafarbene, bleiche, sezessionistische Frühsommerabendstimmung.

Und alle ihre Formen sind verzerrt.

Ueberschlanke, gespensterhafte, sehnsuchtkranke Gestalten sind es: die heben ihre müden Arme in den sterbenden Himmel empor, und ein feiner blauvioletter Flor legt sich leise und lautlos über das erste, knospende Grün.

Das ist noch alles Träumen und Ahnen nur, ein Träumen, dessen Erfüllung niemals kommen wird, — so eine müde, sterbensselige Glücksahnung. Ein Hauch von Reif webt durch die Dämmerung.

Du aber: mein Leben, mein Fleisch und mein Blut —!

Hast Du den Septemberhimmel gesehen in seiner fiebernden Glut? Den Septemberhimmel über dem Meere?

Tief unten flutet das Leben. Es flutet, Seele, es wogt nicht. Alles ist still; ein leises, ruhiges Atmen hebt die See. Ein befriedigtes Atmen. Sie hat sich ausgetobt an diesem leuchtenden Tage — und sie weiß, was kommen wird.

Sie weiß, was kommen wird.

Sie braucht ja nur die Augen aufzuschlagen, sturmdunkel, Du, und sehnsuchttief —

Und sie sieht geradeaus in den lodernden, flammengepeitschten Himmel über sich.

Leg' Deine Hand auf meine Brust — und sieh:

Weithin über der atmenden See dehnt sich die Ferne. Die Ferne, die Dir und mir erschlossen ist. Granitene Felsen, sturmtrotzig, titanengewaltig türmen sich hochauf — bis über die Wolken empor. Auf diesen Felsen bauen wir unser Schloß.

Und siehst Du, wie es wächst? Schlanke Säulen streben aus felsigem Grunde empor, und goldene Kuppeln wölben sich über dem marmornen Unterbau.

Wände aber, die uns decken könnten, Wände, die unser Glück umschließen, die uns begraben wollen, die siehst Du nicht . . . .

Zwischen den Marmorsäulen hindurch schaust Du gerade in den Himmel.

Der flammt wie lauter Blut. Oder wie lauter Feuer.

O Blut und Feuer, Du — das hätte der Himmel nicht?! —

Doch! Falte nicht so fromm die Hände. Frieden ist der Tod. Blut und Feuer hat der Himmel!

In gewaltigen Flammen loht es empor. Und Du, der Du aus dem Feuer stammst, Du willst das himmlische Element nicht erkennen?

Wirf das Alltagsgewand ab! Stehe nackt da als ein Mensch in diesem wundervollen Sonnenuntergang!

Denn sie kommt, die Nacht.

Und weißt Du noch, was Du mir einst gesagt?

Du sprachst zu mir mit den Worten eines Gewaltigen:

„Wie das Weib dem Mann gegeben
Lieblich zur Gespielin war,
Ist die Nacht das halbe Leben —
Und die schön're Hälfte zwar."

Und nun hebe die nackten Arme in diesen Sonnenuntergang empor! Erwarte den Blitz! —

Das ist keine müde, sehnsuchtblasse Ahnung mehr.

Das ist Erfüllung.

Die Garben ruhen in der Scheuer, und die junge Saat ist gesäet.

Mag denn der Winter kommen. Die Ernte ist uns eingebracht.

*

Und in der Glut dieses Herbstsonnenunterganges soll ich Dir reden von meinen bleichen Hoffnungen? — —

Ach, Du: wir sind auf Erden. Und der kleine Gymnasiallehrer aus Posen hat keinen Schatten geworfen in mein Leben.

Und dennoch hat auch er einen Teil zur Erfüllung meines Daseins beigetragen.

Er hat zum erstenmal den Gedanken in mir erweckt an Mannesliebe und Mutterseligkeit.

Ja, Du: damals hab' ich daran gedacht, wie süß es sein müsse, am eignen Herde zu walten als Herrin des Hauses. Eine treue Seele zu haben, der ich alles sagen und alles anvertrauen dürfte. Ein Kind zu hegen und zu herzen — und einen Menschen aus ihm zu erziehen!

Aus den immer fester sich schlingenden Banden des Alters, aus Mutterarmen sehnte sich die Jugend hinaus auf ein Feld, das sie beackern und besäen konnte nach Gottes Geheiß.

Des Gottes, der in ihr wohnte . . . .

Und das war nicht der Christengott, der auf dem Altar seine gemarterten Arme in die stummen Lüfte streckt.

Ja, Du, ich habe geträumt von einem bürgerlich geordneten Haushalt. Und ich habe mich damals gesehen, im Junge-Frauen-Kapottehütchen und im hellen Seidenkleid an meines Mannes Arm durch die Straßen gehen, begafft und beneidet von meinen Altersgenossinnen, denen kein Erlöser aus Posen gekommen war, ich habe mich bürgerlich-behäbig in einer Fensternische sitzen gesehen, meines Mannes Strümpfe stopfend und meinem Jungen die erste Deklination überhörend:

mensa, mensae, mensae, mensam.

Aber da war eine alte Mutter und eine unversorgte Schwester um ihn. Er konnte kein mittelloses Mädchen heiraten. Und ich konnte nicht warten auf seiner Mutter Tod.

(Fortsetzung folgt.)

Krankenkassentag.

(Eigner Bericht der „Volksstimme".)

Hg. Berlin, 16. Januar 1906.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses traten heute früh auf Einladung des deutschen Krankenkassenverbandes (Sitz Dresden), des Verbandes der freien Krankenkassen (Sitz Hamburg) und der vereinigten Hilfskassen von Hamburg-Altona die Vertreter von etwa 300 eingeschriebenen, sowie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen zusammen, um Stellung zu nehmen zu dem

Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen.

Simanowski-Berlin eröffnet den Kongreß und begrüßt denselben namens der Zentrale für das Krankenkassenwesen und der Zentralkommission für die Krankenkassen von Berlin und Vororten. Es gelte hier, einen von der Regierung gegen ein System, das sich für die versicherte Arbeiterschaft als segensreich erwiesen habe, geplanten Schlag abzuwehren. Das Hilfskassengebiet könne man mit einem blühenden Kornfeld vergleichen, in dem sich eine Anzahl Disteln und andres Unkraut befindet. Um das Feld zu reinigen, wolle man es nun einfach abmähen, statt das Unkraut einzeln auszureißen. Bei den Berufsgenossenschaften beständen ja auch sehr viele Uebelstände. Ob man da wohl auch zu einer solchen Radikalkur schreiten werde? Wir wissen, daß dieses Gesetz den Vorsturm bildet und daß bald der Hauptangriff gegen die Ortskrankenkassen nachfolgen werde. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man die Hilfskassen aus den Welt schaffen wolle, dann sollte man gegen die Betriebs-, Innungs- und andern kleinen Krankenkassen in erster Reihe vorgehen, denn diese sind der größte Hemmschuh, daß sich die Versicherungsgesetze zum Segen der versicherten Arbeiterschaft entwickeln können. Die Betriebskrankenkassen werden aber nach jeder Richtung hin protegiert. Gegen dieses einseitige Vorgehen müssen wir energisch protestieren. Man sollte sich doch vergegenwärtigen, welche langwierigen Prozesse die Verletzten mit den Berufsgenossenschaften zu führen haben, um zu ihrem Rechte zu kommen. Da sollte man sich doch auch überlegen, ob nicht die freien Hilfskassen ihre volle Schuldigkeit getan haben. Das hat ja auch die Regierung in der Begründung der Vorlage zum Teil anerkannt. Dann sollte man auch die Konsequenzen daraus ziehen und nicht, um die Schwindelkassen zu beseitigen, einfach mit den ganzen freien Hilfskassen reinen Tisch machen. Wir wollen hier unsre Meinung unverblümt zum Ausdruck bringen, und hoffentlich finden unsre Wünsche bei Regierung und Reichstag Beachtung. (Stürmischer Beifall.)

Schaad-Altona teilt mit, daß die einberufende Kommission Einladungen an das Reichsamt des Innern, an das kaiserliche Aufsichtsamt und an die Reichstagsfraktionen gerichtet habe. Vom Staatssekretär Graf Posadowsky ist die Antwort eingegangen, daß er davon absehen müsse, sich vertreten zu lassen, daß er aber, falls ein Bericht über die Verhandlungen erscheinen sollte, dessen Einsendung gern entgegensehe. Das kaiserliche Aufsichtsamt erwidert kurz, daß es „es sich versagen müsse, der Einladung Folge zu leisten".

Von den Reichstagsfraktionen war nur die sozialdemokratische vertreten. Es waren anwesend die Abgeordneten Frohme (Hamburg), Mahlke (Flensburg-Apenrade), Fräßdorf (Dresden), Stadthagen (Berlin), Lesche (Hamburg).

Bei der Bildung des Bureaus wurden zu Vorsitzenden gewählt: Blume (Hamburg), Feurig (Dresden) und Schaad (Altona); zu Schriftführern: Deisinger (Hamburg), Huck (Altona) und Schultze (Offenbach).

Hierauf besprach Zaffke-Hamburg (Zentralkrankenkasse der Schuhmacher) eingehend den Gesetzentwurf, zu dem von der Kommission eine Denkschrift für den Reichstag ausgearbeitet worden ist. Redner kritisiert die Gesetzesvorlage. Das Gesetz hätte sehr gut umgestaltet werden können, daß es die Schwindelkassen traf und die freien Hilfskassen nicht hemmte. Schon vor der letzten Abänderung des Gesetzes im Jahre 1901 bestanden solche Schwindelkassen und die Regierung hätte schon damals die Pflicht gehabt, gegen dieselben einzuschreiten. Eine Schwindelkasse sei an besonderen Merkmalen ohne weiteres zu erkennen. So lasse sich der Leiter derselben auf Lebenszeit anstellen, den Mitgliedern fehle die Gelegenheit, an den Generalversammlungen teilzunehmen usw. Es handle sich aber hier um eine Aktion des Staates, der damit die Oberaufsicht über die Hilfskassen haben wolle, weil ihm diese jetzt im Wege stehen, um die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen anzutasten. (Sehr richtig!) Wenn die Absicht bestehen sollte, daß die freien Hilfskassen zugunsten der Ortskrankenkassen verschwinden, dann sollte man aber auch in gleicher Weise gegen die Betriebs- und Innungskassen vorgehen. Eine solche Vereinheitlichung des Krankenkassenwesens würde die Arbeiterschaft mit Freuden begrüßen. (Lebhafte Zustimmung.) Unrichtig sei es, daß die Mittel der freien Hilfskassen nicht ausreichten; die soliden Kassen seien bisher noch immer mit ihren Mitteln ausgekommen. Dann sage man, daß die Krankenkassen ihre Mittel für sozialdemokratische Zwecke verwenderen. Die Kassen werden aber von den Aufsichtsbehörden überwacht und gegebenenfalls hat die Behörde das Recht, die Kasse aufzulösen. Wenn eine Kasse Mittel zu sozialdemokratischen Zwecken oder überhaupt zu politischen Zwecken ausgenutzt hätte, dann hätte die Aufsichtsbehörde sicherlich keinen Augenblick gezögert, zur Auflösung zu schreiten. Ein derartiger Fall ist aber nicht bekannt, also erweist sich der Vorwurf als unberechtigt. Wenn eine Kassenart zu existieren berechtigt sei, so sei es die der Hilfskassen. Durch das Gesetz werde den Hilfskassen die Existenz untergraben. Einer Vereinheitlichung des Krankenkassenwesens, wobei den Versicherten auch ein genügender Einfluß gesichert werde, würden sie, wie schon betont, freudig zustimmen. Aber sie müßten energisch Protest erheben, daß ein Glied herausgerissen werde — um vielleicht ganz andre Zwecke zu verfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Es wurde denn die

Debatte

eröffnet.

Bessel von der Krankenkasse „Germania" in Altona schließt sich dem Referenten in der Ansicht an, daß der Gesetzentwurf unannehmbar sei.

Cohn (Frankfurt a. M.): Es müssen andre Gründe als die Bekämpfung der Schwindelkassen die Regierung veranlassen, den Hilfskrankenkassen den Hals umzudrehen, denn die Regierung müßte doch einsehen, daß durch die gegenseitige Versicherung der Arbeiterschaft dem Staat und den Gemeinden ein großer Teil von Lasten abgenommen werde. Daß man trotzdem so vorgehe, beweise, wohin der Weg führt zur Beschneidung der Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Bauer (Bremen): Die Regierung hätte auch jetzt schon genug Handhaben, die Schwindelkassen zu beseitigen, wenn ihr nur das am Herzen läge. Was haben denn die Hilfskassen verbrochen? Haben nicht die eingeschriebenen Hilfskassen den Grundstein für den Aufbau der Arbeiterversicherung gebildet?

Hartmann (Berlin) (Vertreter der Hilfskassen der deutschen Gewerkvereine): Wir haben uns daran seit Jahren gewöhnt, alle Reformen der Regierung zu sozialpolitischen Gesetzen mit einem gewissen Mißtrauen zu betrachten, denn die Erfahrungen mit diesen sogenannten Reformen haben gezeigt, daß die Regierung bemüht ist, das, was die Arbeiter als ihr unentbehrliches Recht betrachten, hinwegzureformieren, und die Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft mehr und mehr einzuschränken. Bei diesem Entwurf ist das Mißtrauen ganz besonders am Platze. Gewiß ist es geboten, den Schwindelkassen einen Damm entgegenzusetzen, aber deshalb ist es nicht nötig, die freien Hilfskassen unter die Diktatur des Reichsaufsichtsamts zu bringen. Wir wollen kein Hehl daraus machen, daß wir auch mitschuldig sind, daß die Schwindelkassen einen so großen Umfang genommen haben. Wir haben es an der nötigen Aufklärung fehlen lassen. Redner wendet sich sodann gegen die Forderung der rechnerischen Gutachten des Entwurfs. Das solle zur Sanierung dienen, werde aber nichts weiter als eine Schikanierung der freien Hilfskassen sein. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der Entwurf Gesetz werden sollte, sei es mit der Selbstverwaltung vorüber! Das Gesetz sei in dieser Form unannehmbar. (Beifall.)

Barthel (Offenbach) stellt sich als Vertreter kleinerer ländlicher Hilfskassen vor, die sich Jahrzehnte lang segensreich bewährt haben, nicht bloß für Arbeiter, sondern auch für kleine Handwerker. Die Regierung verstehe es meisterhaft, Unzufriedenheit zu säen. Selbst unter ganz weit rechts stehenden Mitgliedern fände man das Vorgehen der Regierung unbegreiflich. (Beifall.)

Tarnowski (Hamburg), vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband, spricht sein Bedauern aus, daß man die beteiligten Kreise nicht vorher gehört habe. Der Entwurf sei von demselben Geiste getragen wie die Krankenkassennovelle von 1903, die auch schon beabsichtigte, die freien Hilfskassen nur noch als Zuschußkassen zu dulden. Das Gesetz suche den freien Hilfskassen die Aufnahme neuer Mitglieder zu erschweren. Es wäre richtig den Entwurf zu benennen: „Entwurf zum Begräbnis der freien Hilfskassen". (Heiterkeit.) Wir aber wollen alles aufbieten, um dem Entwurf selbst ein Begräbnis zu bereiten. (Beifall.)

Alisch (Berlin): Man müsse sich vor allem Klarheit über die Stimmung im Reichstage schaffen. Nach von ihm eingeholten Informationen herrschten über die Vorlage bei den Reichstagsvertretern geteilte Meinungen. Mehrfach sei man der Ansicht, daß die freien Hilfskassen ihre Pflicht erfüllt haben und daß es nichts schaden könne, wenn sie von der Welt verschwinden. In diesen Kreisen sollte man aber nicht übersehen, daß über die Leiche der freien Hilfskassen der Weg zur Beschneidung des Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen führe. (Zustimmung.)

Achtelmeier: Die freien Hilfskassen erfüllten eine hohe soziale Aufgabe. Da sie in der Arbeitslosigkeit erkrankten Arbeitern die Krankenunterstützung auszahlten, seien sie gleichzeitig auch Arbeitslosenunterstützungs- und soziale Wohlfahrtskassen und entlasten die Armenkassen der Gemeinden. Hoffentlich beachte man das bei der Beratung im Reichstag.

Hühnlein (Frankfurt): Als Vertreter einer kleinen ländlichen Hilfskasse könne er versichern, daß selbst in den ganz schwarzen Kreisen des Taunus durch die Vorlage große Erregung hervorgerufen worden sei. Mit dem Verschwinden der Hilfskassen werden zahlreiche Leute insbesondere auf dem Lande der Armenunterstützung zur Last fallen.

Gudeknust (Ronsdorf): Während man sonst bei Vorlagen vorher die Interessenten anhöre, habe diesmal vollständige Stille geherrscht. Er wolle seine Vermutung über die Gründe hierfür nicht aussprechen. Die freien Hilfskassen hätten Mitglieder aus allen Parteien bis zu den Konservativen. Das mögen sich die Abgeordneten gesagt sein lassen.

Deisinger (Hamburg): Der Staat müsse seinen Bürgern einen gewissen Schutz gewähren, jedoch dürfe dieser Schutz nicht derart sein, daß Vernunft Unsinn, Wohlfahrt Plage werde. Wohl sei die Bekämpfung der Schwindelkassen geboten, aber nicht dadurch, daß man das ganze Hilfskassengesetz beseitige. Wenn man sehe, wie schnell die Polizei jeden Streikverbrecher am Kragen habe und wie prompt ihn die Gerichte verknurren, werde man diesen löblichen Behörden doch zutrauen können, daß sie auch die Kassenschwindler- und -betrüger zu fassen imstande sein werden. In Hamburg wenigstens haben es die Behörden verstanden, das Aufkommen von Schwindelkassen zu verhindern. Dazu reiche das bestehende Hilfskassengesetz vollkommen aus. Die Schädigung des Publikums durch die Schwindelkassen sei eine ganz minimale im Vergleich zu den Millionen, um die das deutsche Volk durch die Schutzbestimmungen für Vieh und Schweine, durch die agrarische Grenzabsperrungspolitik geschädigt werde. Da müsse der Gedanke kommen, daß es sich bei dem Vorgehen um etwas ganz andres handle, als darum, den Schwindelkassen das Handwerk zu legen. Die Arbeiterschaft habe hinreichend bewiesen, daß sie imstande sei, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Dieses Recht der Selbstverwaltung wollen sie sich nicht verkümmern lassen. Darum müsse es heißen: rundweg Ablehnung der Vorlage. (Stürmischer Beifall.)

Ein Schlußantrag findet Annahme.

Im Schlußwort versichert der Referent Zaffke (Hamburg), daß auch er wie Deisinger in erster Reihe für strikte Ablehnung der Vorlage sei, daß man doch aber mit der Möglichkeit der Annahme rechnen müsse. Von diesem Gesichtspunkt allein seien die von der Kommission gemachten Verbesserungsvorschläge aufzufassen. Er glaube, daß es in der Absicht der Regierung liege, die Hilfskassen zu beseitigen. Wenn sie diese Absicht offen aussprechen würde, wäre eine Ablehnung im Reichstag zweifellos. Deshalb suche sie den Zweck auf diesem Umwege zu erreichen. Daraus erklärt sich auch die Eile der Regierung, sonst hätte sie doch damit warten können, bis zur Reform des Krankenkassengesetzes. Diese Vorlage berühre nicht allein die Hilfskassen, sondern die ganze Arbeiterschaft und alle Parteien. Er zweifele, ob die Zentrumsanhänger, die zu einem großen Teil in den freien Hilfskassen organisiert seien, damit einverstanden sein würden, daß das Zentrum der Vorlage zustimme. Das Zentrum und andre Parteien werden es sich daher überlegen müssen, ob sie dieser Vorlage zustimmen sollen. Das beste wäre die Ablehnung der Vorlage, sollte sie aber dennoch Annahme finden — nun wir werden es verstehen, uns damit abzufinden. Aber der Entwurf wird auf die Arbeiterschaft eine ganz andre Wirkung ausüben, als der Regierung erwünscht ist. Die Arbeiterschaft wird daraus erkennen, wie man ihnen auch noch das bißchen Recht, das sie haben, zu schmälern sucht und sie werden nicht verfehlen, der Regierung im geeigneten Moment ihre Antwort zu erteilen. (Stürmischer Beifall.)

Es nahm dann namens der anwesenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Abg. Frohme (Hamburg) das Wort zu einer Ansprache. Er und seine Kollegen hätten sich an den Debatten nicht beteiligt, weil sie sich nicht nachsagen lassen wollten, daß sie die Stellungnahme des Kongresses beeinflußt hätten. Er wisse, daß hier nicht alle Teilnehmer Sozialdemokraten seien. (Sehr richtig! Der Kongreß habe die Tendenz der Vorlage ganz richtig aufgefaßt. Diese Tendenz gehe dahin, dem sozialistischen Bureaukratismus gewisse Konzessionen zu machen, die sich nicht vereinbaren lassen mit dem Prinzip der Selbstverwaltung, mit den Interessen der Arbeiterschaft und der großen Masse des Mittelstandes, der in erheblichem Maße an den Hilfskassen beteiligt sei. Die Schwindelkassen seien in der großartigen Erscheinung des Hilfskassenwesens nur eine Nebenerscheinung. Die Ablehnung der Beteiligung des Reichsamts des Innern werde bei den Arbeitern keinen günstigen Eindruck machen. (Sehr richtig!) Wenn es sich um Zünftler, Großindustrielle usw. handle, da verfehle die Reichsregierung nie, mit den berufenen Interessenvertretern Fühlung zu nehmen. Anders, wenn es sich um Arbeiter handle. Redner schließt mit dem Versprechen, daß seine Fraktion mit Entschiedenheit für das Prinzip der Selbstverwaltung eintreten werde. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Hierauf erstattet Brühne (Frankfurt a. M.) den Bericht der

Mandatsprüfungskommission.

Es sind auf dem Kongreß vertreten 201 Kassen mit 850 000 Mitgliedern und 243 Delegierten. Die Kommission habe sich bei Durchsicht der Statuten einzelner großer Kassen über die Art, wie sie die Selbstverwaltung auffassen, wundern müssen. Da sei in Altona die große Hilfskasse „Germania", bei der es im Statut heißt: „Die Vorstandsmitglieder werden auf fünf-zehn Jahre gewählt". (Lachen.) Die Kasse habe 284 000 Mark Einnahmen und 38 000 Mark persönliche und 20 000 sachliche Ausgaben, also 21 Prozent der Einnahmen. (Pfui! Schwindel!) Die Kommission habe einstimmig beschlossen, diese Kasse nicht zuzulassen. (Stürmischer Beifall.) Den gleichen Antrag stelle die Kommission bezüglich der „großen Vereinskasse Altona", die bei 34 000 Mark Einnahmen 13 000 Mark Ausgaben im letzten Jahre hatte, sowie die Kasse „Viktoria" in Altona. Die Versammlung beschließt, diese drei Kassen nicht zum Kongreß zuzulassen.

Achtermeier (Braunschweig) beantragt, auch die Kasse „Phönix" in Altona, die 31 Proz. Verwaltungskosten im letzten Jahre hatte, auszuschließen.

Grenz (Altona) bittet von dieser Maßnahme abzusehen, da es gelungen sei, die Verwaltung nach dem Tode des auf Lebenszeit gewählten früheren Vorsitzenden jetzt in solide Bahnen zu leiten.

Nach längerem Für und Wider wird die Kasse „Phönix" zugelassen.

Nach dem Bericht der Haushaltungskommission werden die Kosten des Kongresses 800 Mark betragen. Zur Deckung der Unkosten sollen die sämtlichen Kassen mit 50 Pf. für je 500 Mitglieder herangezogen werden.

Die Verhandlungen werden dann auf Mittwoch früh vertagt.

Vermischte Nachrichten.

* **Sein Lebenslauf.** Aus Prettin (Bezirk Halle) schreibt man dem „B. T.": Kürzlich schrieb ein Soldat an seine hier lebenden Eltern unter andern folgende Sätze: „— — — Vor einigen Tagen mußten wir unsern Lebenslauf schreiben. Einige wußten gar nicht, was das für ein Ding ist. Der Feldwebel hatte schon einige Zeit gewartet, dann sagte er ungeduldig: „Kerls, schreibt doch: Ich heiße, so und so, bin geboren, so und so! Na losgelegt! In zehn Minuten müßt ihr fertig sein!" Als er dann die Papiere sammelte, hatte einer von der dritten Stube geschrieben: „ich heise sounso, ich bin geboren in zehn Minuten, vertich." — Das Gelächter könnt Ihr Euch denken, er hat jetzt den Spitznamen „Avantaschör." —

* **Eine merkwürdige Schadenersatzklage.** Ein echt amerikanisches Urteil hat in Chicago kürzlich ein Richter gefällt. Ein gewisser ehrenwerter Herr John Hedlung hatte sich auf dem nicht so ungewöhnlichen Wege des Whiskytrinkens aus dieser Welt in ein besseres Jenseits befördert, das heißt er starb an den Folgen allzu reichlichen Alkoholgenusses. Seine hinterlassenen Kinder verklagten nun die Eigentümer von drei Bars, in denen ihr Vater täglich verkehrt und sich allmählich zu Tode getrunken hatte, auf Schadenersatz und drangen mit dieser jedenfalls nicht alltäglichen Klage wirklich durch. Der Richter sprach ihnen die ganz hübsche Summe von 68 000 Mark zu, die die drei Whiskyhändler gemeinschaftlich zu tragen haben werden. So wird ihnen wohl ihr seliger Stammgast auf lange Zeit hinaus als ein nachträglich recht teuer gewordener Gast in Erinnerung bleiben. —

* **Im Schnellzug ermordet.** In seinem Roman „Die Bestie im Menschen" beschreibt Zola in allen Einzelheiten die verbrecherische Untat eines Eisenbahnbeamten, der einen reichen Unternehmer, den Verführer seiner Frau, aus Rache im fahrenden Zuge ermordet. Der Mörder weiß sich auf einer Station unbemerkt in die Fahrabteilung des Millionärs zu begeben, überfällt ihn, wobei die Frau helfen muß, und schneidet ihm die Gurgel durch. Dann wirft er den Leichnam zum Fenster hinaus und schleicht mit seiner Frau, während der Zug durch die Nacht dahinsaust, auf dem schmalen gefährlichen Trittbrett nach seinem Wagen zurück. Was Zola, vielleicht einer tatsächlichen Anregung folgend, hier im Roman geschildert hat, das wurde in der Nacht vom letzten Freitag auf Sonnabend in die schreckliche Wirklichkeit umgesetzt, und zwar auf französischem Boden. Das Opfer des mit unerhörter Kühnheit und Grausamkeit ausgeführten Verbrechens ist der Genfer Architekt Durel, ein vielfach bekannter Genfer Unternehmer. Durel fuhr im Nachtschnellzug von Nizza nach Genf, wie seine Frau behauptet, mit einer Summe von 350 000 Frank in der Tasche, die er aus der Veräußerung eines Grundstücks in Nizza gelöst hatte. Eine Depesche kündigte im Hause Durels zu Genf die bevorstehende Ankunft des Herrn an, und der Diener begab sich nach dem Bahnhof um seinen Herrn in Empfang zu nehmen. Durel erschien jedoch nicht, was den Diener, der an plötzliche Aenderungen in den Entschlüssen seines Herrn gewöhnt war, nicht weiter in Aufregung setzte. Aber geeignet, alle Schrecken eines Verbrechens ahnen zu lassen, war der Umstand, daß in einem Wagen, der leer, Durels Gepäck gefunden wurde und daß der Wagen blutbefleckte Kissen und Blutlachen am Boden und auf den Teppichen aufwies. Blutspuren zogen sich längs des erwähnten Wagens erster Klasse und auch längs der anstoßenden Wagenabteilung hin. Sofort wurde die ganze Strecke abgesucht, und man fand schließlich die Leiche Durels zwischen den Bahnhöfen von Virieux-le-Grand und Rossillon mit durchschnittenem Hals auf. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Mörder mit ihrem Opfer schon von Nizza aus mitgefahren sind, in der Absicht, Durel, von dessen Nizzaer Geschäft sie Kenntnis gehabt haben mochten, unterwegs auszurauben und auf die Seite zu schaffen. Die Mörder wurden bereits verhaftet. Der Stationschef von Ambérieux im Departement Ain beobachtete zwei junge Leute, die eben in einen Zug einsteigen wollten. Da diese ihm verdächtig vorkamen, ließ er sie festnehmen. Man fand bei dem einen, namens Marco, dessen Vater ein reicher Fabrikant ist und mit dem Ermordeten in Geschäftsverbindung stand, die goldene Uhr des Durel. Der andre heißt Georges. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00—22,00. Speisebohnen (weiße) 28,00—41,00. Linsen 30,00—65,00. Eßkartoffeln 5,00—6,00. Richtstroh 4,00—5,00. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,97—1,08, von der Keule 1,60—1,80. Bauchfleisch 1,40—1,50, Schweinefleisch 1,60—1,80, Kalbfleisch 1,40—1,60, Hammelfleisch 1,40—1,60. Speck (geräuchert) 1,60—1,80. Eßbutter 2,40 bis 2,80. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4,80—5,60. —

Wasserstände.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	15. Jan.	+ 0.09	16. Jan.	+ 0.08	0.01	—
Laun	„	—	„	+ 0.75	—	—
Budweis	„	+ 0.16	„	+ 0.10	0.06	—
Prag	„	+ 0.85	„	+ 0.98	—	0.13
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	16. Jan.	+ 1.85	17. Jan.	+ 1.75	0.10	—
Weißenfels Untp.	„	+ 1.66	„	+ 1.52	0.14	—
Trotha	„	+ 2.20	„	+ 3.12	—	0.92
Alsleben	„	+ 2.98	„	+ 2.94	0.04	—
Bernburg	„	+ 2.50	„	+ 2.46	0.04	—
Calbe Oberpegel	„	+ 2.08	„	+ 2.08	—	—
Calbe Unterpegel	„	+ 2.48	„	+ 2.48	—	—
Elbe.						
Pardubitz	15. Jan.	+ 0.24	16. Jan.	+ 0.20	0.04	—
Brandeis	„	+ 0.31	„	+ 0.36	—	0.05
Melnik	„	+ 0.34	„	+ 0.56	—	0.22
Leitmeritz	„	+ 0.42	„	+ 0.48	—	0.06
Aussig	16. „	+ 0.87	17. „	+ 0.92	—	0.05
Dresden	„	— 0.58	„	— 0.48	—	0.10
Torgau	„	+ 1.64	„	+ 1.67	—	0.03
Wittenberg	„	+ 2.66	„	+ 2.60	0.06	—
Roslau	„	+ 2.27	„	+ 2.21	0.06	—
Barby	„	+ 2.80	„	+ 2.80	—	—
Schönebeck	„	+ 2.48	„	+ 2.49	—	0.01
Magdeburg	17. „	+ 2.39	18. „	+ 2.38	—	0.08
Tangermünde	16. „	+ 3.34	17. „	+ 3.32	0.02	—
Wittenberge	„	+ 3.12	„	+ 3.22	—	0.10
Breda-Dömitz	„	+ 2.49	„	+ 2.60	—	0.11
Lauenburg	„	+ 2.46	„	+ 2.56	—	0.10

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 17. Januar 1906.

Unzüchtige Handlung. Der Arbeiter Otto Zeidler aus Aschersleben ist geständig, im September 1905 zu Aschersleben mit einem Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Das Urteil lautet auf 6 Monate Gefängnis. Seine Haft wird einstweilen aufgehoben. —

Untreue. Am 7. September v. J. wurde vom Schöffengericht zu Quedlinburg der Handelsmann Karl Schladitz von dort wegen Untreue unter Einbeziehung einer gegen ihn am 11. Oktober v. J. wegen Münzverbrechens erkannten Strafe von 3 Jahren Zuchthaus zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahr 1 Monat Zuchthaus verurteilt. Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Betrug, Beleidigung und Körperverletzung. Der vorbestrafte Hausdiener Karl Hübner aus Halberstadt ist beschuldigt, im vergangenen Jahre in vier Fällen Betrügereien verübt zu haben. Außerdem hat er sich der Beleidigung und der Körperverletzung schuldig gemacht. Da dem Angeklagten nur drei Betrügereien nachgewiesen werden konnten, so lautet das Urteil wegen Betrugs in drei Fällen und wegen Körperverletzung und Beleidigung in je einem Falle auf 9 Monate Gefängnis. —

Vereins-Kalender.

Verband städtischer Arbeiter, Filiale Magdeburg. Mitglieder-Versammlung Sonnabend den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer 27/28. 403

Achtung, Fabrikarbeiter! Die am Sonnabend den 20. d. M. fällige Versammlung des Bezirks Neustadt fällt umständehalber aus. ?

Aschersleben. Volksverein. Sonntag den 21. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Wilcke. 404

Turnerschaft Magdeburg (A.-T.). Sonnabend den 27. d. M., abends 8 Uhr, Vierteljahresversammlung sämtlicher Abteilungen in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer 27-28. 392

Briefkasten.

Krankenkassenmitglied. Auch wenn es sich um die Geburt eines unehelichen Kindes handelt, besteht kein Grund für den Kassenarzt, seine Hilfe zu verweigern. —

W. K., Parey. Die mündlichen Abmachungen sind gültig. Wenn Ihre Angaben genau sind, dann kann Ihnen der Hauswirt nicht kündigen. Dann können Sie es auch auf eine Gerichtsentscheidung ankommen lassen. Vor Gericht wird es sich allerdings darum handeln, zu beweisen, was mündlich vereinbart wurde. —

K. 100. Von Ihren Vornamen können Sie sich als Rufnamen auswählen, welchen Sie wollen. —

Siegfried Cohn

Weberei-Waren → 58 Breiteweg 58

Ungewöhnlich grosser Erfolg des Inventur-Räumungs-Verkaufs

Aufsehenerregend billige Preise

Einige weitere Beispiele:

Kostümröcke wegen Aufgabe dieses Artikels bis zur Vollendung des Erweiterungsbaues für die Hälfte des Preises
Restbestand ca. 40 Stück

Schlafdecken 3.80 5.15 8.00 9.50
wollene und halbwollene — Wert 5.25 7.00 10.50 12.50

ca. 500 Unterröcke Stück 1.90—14.00
für Sommer und Winter — Wert 2.75—18.00

Einzelne Damenwäsche
bedeutend ermässigt

Tischzeuge weltberühmtes Fabrikat, für Restaurateure und Braut-Ausstattungen — 2.40 3.30 3.80 4.50 5.50 8.00
Reinleinen geklart — statt 3.80 5.00 6.00 6.80 8.00 13.00

Hemdentuche Meter 19 statt 28 Pf. 23 statt 33 Pf. 45 statt 60 Pf.
Louislanatuche Meter 28 statt 38 Pf. 35 statt 45 Pf. 41 statt 53 Pf.
Renforcé . . . Meter 33 statt 45 Pf. 42 statt 53 Pf.

Einzelne Kleider
schwarze, farbige Wollstoffe und Saison-Neuheiten

Einzelne Blusen
nach wie vor ganz außergewöhnlich billig

Schuh-Cremes
Ia. Qualitäten, in Glastuben und Blechdosen, als Mirakel Guttalin, Sutorin usw. empfiehlt
Gust. Hoffmeister
Prälatenstraße 21. 136 Annastraße 44.

Tüchtiger Schokolatier
findet gut bezahlte dauernde Stellung. Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche an **Müller & Hamel, Schokoladen-Fabrik**
2364 Olvenstedterstraße 23/24.

Fleisch-Offerte!
Offeriere heute, Freitag, wie morgen, Sonnabend, in prima frischer Ware 2380
trotz hoher Viehpreise
ff. Kalbfleisch Keule, Niere, Rücken à Pfd. 55—60 Pf. Brust à Pfd. 45—55 Pf.
Ia. Schweinefleisch Schinken, Nacken, Karbonade à Pfd. 80 Pf. Bauch, Rippe à Pfd. 75 Pf.
Prima Ochsenfleisch Bratenstücke à Pfd. 65—75 Pf. Suppenstücke à Pfd. 55—65 Pf.
Garantiert reines Schweineschmalz à Pfd. 80 Pf.
Außerdem offeriere Mecklenbg. Bauernbutter à Pfd. nur 1.10 Mk.
Richard Rosse, Gr. Marktstr. 20.

Stadt-Theater.
Freitag den 19. Januar 1906.
Lohengrin.

Wilhelm-Theater.
Freitag den 19. Januar 1906.
Der Bettelstudent.

Schönebeck „Stadtpark"
Sonntag den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr
im „Stadtpark"
Große Protestversammlung
Thema:
Das preussische Dreiklassen-Parlament und seine für das werktätige Volk feindlichen Gesetze.
Referent: Reichstagsabg. Adolf Albrecht.
Parteigenossen, agitiert unermüdlich für guten Besuch dieser Versammlung. Es gilt Protest zu erheben gegen dieses erbärmlichste, elendeste aller Wahlsysteme, damit nicht russische Zustände eintreten.
Der Einberufer.

Deutscher Metallarb.-Verband
364 **Verwaltung Magdeburg.**
Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 20. Januar, abends 8½ Uhr

Bezirk Magdeburg in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer 27/28.
Tagesordnung: 1. Die Einwirkung wirtschaftlicher Verhältnisse auf die Gestaltung sozialer Zustände. Referent: Stadtverordneter Wilhelm Haupt. 2. Bericht der Bezirksleitung über ihre Tätigkeit im Jahre 1905. 3. Verschiedenes.

Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark", Spielgartenstr.
Tagesordnung: 1. Zweck und Geschichte der Polarforschung. Referent: Parteisekretär F. Holzapfel. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Gr.-Ottersleben im Lokal von Fr. Strumpf.
Tagesordnung: 1. Welche Erwartungen stellen wir an das Jahr 1906? Referent: Kollege Alwin Brandes. 2. Bericht der Bezirksleitung über ihre Tätigkeit im Jahre 1905. 3. Beschlußfassung über eventuelle Bildung eines neuen Bezirks Kl.-Ottersleben. 4. Verschiedenes.

Bezirk Diesdorf im Lokal des Herrn Hildebrandt.
Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung über ihre Tätigkeit im Jahre 1905. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wir bitten um lebhafte Beteiligung an diesen Versammlungen.
Die Verwaltung.

Walhalla.
Vollständig neuer glänzender Spielplan!
10 Attraktionen 10
Stürmischer Erfolg!

Schönebeck.
Achtung! Achtung!
Hafenarbeiter!
Ordentl. Mitgliederversammlung am Sonnabend den 20. Januar abends 8 Uhr, im Verbandslokal „Wiener Restaurant".
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen, keiner darf fehlen. 2372
Der Vorstand. J. A.: Hedemann.

Als Schneiderin empfiehlt sich den geehrten Herrschaften in u. außer dem Hause. Alwine Freye, Ottenbergst. 3. 2352

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Am Sonntag den 21. Januar 2370
finden folgende **Protest-Versammlungen** statt, und zwar in
Barleben im Gewerkschaftshause Referent: Genosse Holzapfel, Magdeburg
Neuhaldensleben im Herzogschen Lokale Ref.: Genosse Bauer, Magdeburg
Hötensleben im Lokale des Herrn Weber Ref.: Genosse Müller, Magdeburg
Olvenstedt im Lokale des Herrn Nielebock Ref.: Genosse R. Nitsch, Magdeburg
Sämtliche Versammlungen beginnen nachmittags 3 Uhr. Die Tagesordnung lautet:
Das preußische Dreiklassenwahlrecht.
Einer recht zahlreichen Besuch erwartet **Die Parteileitung.** J. A.: Wilh. Ludwig.

Warenhaus Gebr. Barasch

Donnerstag Freitag Sonnabend

Extra-Preise

Donnerstag Freitag Sonnabend

Gemüse-Konserven ✦ Gemüse-Konserven

Riesen-Stangenspargel	1 Pfd.-Dose	1.00
Riesen-Stangenspargel	2 Pfd.-Dose	1.90
Stangenspargel	extra stark 1 Pfd.-Dose	95 Pf.
Stangenspargel	extra stark 2 Pfd.-Dose	1.80
Stangenspargel Ia.	1 Pfd.-Dose	75 Pf.
Stangenspargel Ia.	2 Pfd.-Dose	1.40
Stangenspargel	1 Pfd.-Dose	55 Pf.
Stangenspargel	2 Pfd.-Dose	1.00
Brechspargel	extra stark 1 Pfd.-Dose	65 Pf.
Brechspargel	extra stark 2 Pfd.-Dose	1.20
Brechspargel Da	1 Pfund-	52
Brechspargel Da		[illegible]

Brechspargel	1 Pfd.-Dose	44 Pf.
Brechspargel	2 Pfd.-Dose	78 Pf.
Brechspargel	ohne Köpfe 1 Pfd.-Dose	33 Pf.
Brechspargel	ohne Köpfe 2 Pfd.-Dose	55 Pf.
Suppenspargel	Abschnitte 1 Pfd.-Dose	26 Pf.
Suppenspargel	Abschnitte 2 Pfd.-Dose	42 Pf.
Kaiserschoten	1 Pfd.-Dose	60 Pf.
Kaiserschoten	2 Pfd.-Dose	1.10
ff. Erbsen	1 Pfd.-Dose	42 Pf.
ff. Erbsen	2 Pfd.-Dose	85 Pf.
Erbsen	1 Pfd.-Dose	30 Pf.
Erbsen	[illegible]	[illegible]

Gemüse-Erbsen	1 Pfd.-Dose	24 Pf.
Gemüse-Erbsen	2 Pfd.-Dose	39 Pf.
Gemüse-Melange I	1 Pfd.-Dose	50 Pf.
Gemüse-Melange I	2 Pfd.-Dose	90 Pf.
Gemüse-Melange II	1 Pfd.-Dose	32 Pf.
Gemüse-Melange II	2 Pfd.-Dose	54 Pf.
Karotten	gewürfelt 1 Pfd.-Dose	22 Pf.
Karotten	gewürfelt 2 Pfd.-Dose	33 Pf.
Teltower Rübchen	1 Pfd.-Dose	44 Pf.
Teltower Rübchen	2 Pfd.-Dose	75 Pf.
Pariser Karotten	1 Pfd.-Dose	32 Pf.
Pariser Karotten	[illegible]	[illegible]

Erbsen m. Karotten	1 Pfd.-Dose	35 Pf.
Erbsen m. Karotten	2 Pfd.-Dose	60 Pf.
Spinat	1 Pfund-Dose	33 Pf.
Spinat	2 Pfund-Dose	55 Pf.
Steinpilze	1 Pfund-Dose	52 Pf.
Steinpilze	2 Pfund-Dose	95 Pf.

Schnitt- oder Brechbohnen

1 Pfund-Dose	19 Pf.
2 Pfund-Dose	25 Pf.
4 Pfund-Dose	52 Pf.
[illegible]	[illegible]

Apfelsinen	Dutzend	35 Pf.
Mischobst	Pfund	35 Pf.

Kieler Rücklinge	4 Stück	18 Pf.
Lachs geräuchert	¼ Pfund	33 Pf.
Aal geräuchert	Pfund	1.45
Aal ausgeschnitten	Pfund	1.60

Block-Schokolade garantiert rein	Pfund	60 Pf.
Kakao garantiert rein	Pfund	85 Pf.

Buckau Restaurant zur Gabelung Buckau
— Feldstraße 1, Coquistraßen-Ecke — 931

Freitag den 19. Januar **Grosser Narrenabend**

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt

Hierzu ladet freundlichst ein **Wilhelm Schulze.**

Kleine Wohnung für 84 Mk. sofort oder 1. April zu vermieten. **Pempel, Olvenstedt.** 924

Lemsdorf, Friestr. 5, Wohnung, Stube, 2 Kamm., Küche u. Zubeh., 46 Taler, sof. o. spät. z. verm.

Im Zirkus

Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr

Gastspiel des Metropol-Ensemble u. der Ballon-Truppe

Nur noch heute!

Die lebende Brücke

Großes amerikanisches Sensationsstück in 4 Akten (10 Bilder) nach dem Englischen.

Tausende Male aufgeführt mit fast beispiellosem Erfolg! Preise der Plätze wie bekannt. Vorverkauf im Zirkus und bei Jacobs, Ulrichsbogen.

Morgen Sonnabend, nachmittags 4 Uhr

Tausend und eine Nacht.

Zaubermärchen in 3 Akten von Plötz.

Entree für Erwachsene auf allen Plätzen 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr

Die Direktrice.

Berliner Sittenbild in 4 Akten.

Narrenabend.

Donnerstag den 18. und Freitag den 19. Januar 1906

Großer humoristischer und musikalischer Unterhaltungs-Abend

wozu freundlichst einladet 2369

E. Thiemann, Werftstraße 28.
(Stadt Hamburg.)

Sonnabend den 20. Januar:

Großer Ulk-Abend

(Ulkiepe) Kappen gratis.

Ergebenst ladet ein 928

Aug. Kämpf, Hennigestr. 13

Standesamt.

Magdeburg-Altstadt, 17. Jan.

Aufgebote: Fabrikattl. Ferd. Fellberg hier mit Anna Wierzoreck in Kl.-Ottersleben. Landwirt Otto Karl Miebes in Berlin mit Adelheid Elisabeth Käthe Heinrich hier. Postbote Albert Otto Herrmann hier mit Charlotte Anna Luise Rumpf in Bernburg. Postb. Ludwig Graeger mit Frida Bodemann. Schneider Ernst Bruno Seyfert hier mit Helene Schütze in Schönebeck. Tischl. Karl Powolla mit Elisabeth Lamprecht. Schlosser Karl Doberitz mit Hedwig Sommer. Arb. Walter Aufsorg hier mit Minna Brauer in Westerhüsen. Tischler Bruno Hoffmann mit Marie Bischoff.

Geburten: Emil, S. des Zigarrenmach. Oskar Rempe. Albert, S. des Zigarrenmach. Alb. Reichardt. Erna, T. des Materialverw. Feodor Scholze. Walter, S. des Eisenb.-Schaffn. Paul Hanné. Helene, T. des Bäckermeisters Gustav Fahl. Gertrud, T. des Eisenb.-Arb. Otto Böttiger. Hans, S. des Kellners Bruno Seidel. Hans, S. des Barbierherrn Heinrich Wendhans.

Todesfälle: Arbeiter Karl Wahrburg, 74 J. 7 M. 13 T. Marie geb. Grobe, Ehefr. des Bäckermstr. Samuel Davidis (Uellnitz), 59 J. Wwe. Elise Evers geb. Nicolai, 59 J. 6 M. 18 T. Bauarb. Ewald Feige, 29 J. 1 M. 12 T. Hildegard, T. des Arb. Franz Jürgens, 7 T.

Sudenburg, 17. Januar.

Geburten: Else, T. des Arb. Michael Günther. Elisabeth, T. des Postboten Walter Teitge. Ernst, S. des Kutschers Herm. Rohkamm. Erich, S. des Arb. Otto Siederling. Walter, S. des Postboten Karl Punte. Helene, T. des Schmieds Franz Bielski. Martha Elise, unehel.

Todesfälle: Walter Herbert, unehel., 1 J. 5 M. 17 T. Sophie geb. Irrgang, Ehefr. des Steinsetz. Aug. Warnstedt aus Gr.-Ottersleben, 46 J. 11 M. 1 T.

Totgeburt: T. unehelich.

Buckau, 17. Januar.

Aufgebot: Schmied Robert Gustav Noack in Dodendorf mit Henriette Sophie Charlotte Eichbaum.

Geburt: Otto, S. des Barbierherrn Karl Borkauf.

Todesfälle: Ilse, T. des Kassierers Emil Behrend, 9 M. 1 T. Arb.-Inval. Christian Hesse, 65 J. 11 M. 21 T. Privatmann Friedr. Alsleben, 66 J. 7 M. 28 T.

Neustadt, 17. Januar.

Aufgebote: Arbeiter Herwig Adalbert Fischer mit Martha Rudolph. Eisendreher Paul Wilhelm Schlüter mit Margarete Bergner.

Geburten: Alfred, S. des Steingutmal. Alb. Keppler. Werner, S. des Kaufm. Karl Brodmann.

Todesfälle: Marie geb. Donas, Ehefr. des Arb.-Inval. Georg Conrad, 63 J. 8 M. 2 T. Hedwig geb. Blumenthal, Ehefr. des Schriftsetzers Willi Goedecke, 28 J. 7 M. 29 T. Willi, S. des Handelsmanns Otto Willcke, 9 M.

Salbke.
Vom 1. bis 15. Januar.

Aufgebote: Glasmacher Karl Sens mit Helene Holze. Schiffer Paul Balzer in Elster mit Minna Bendler in Salbke.

Eheschließungen: Dreher Max Otto mit Anna Koch. Dreher Paul Krühne in Westerhüsen mit Frida Bendel.

Geburten: Ernst Hermann Franz, S. des Schmieds Gustav Großmann. Hedwig Else, T. des Schlossers Ernst Gropp. Otto Max, S. des Schlossers Max Schulze. Dora Else Berta, T. des Bäckers Otto Lindwurm. August Ernst, S. des Modelltischlers Otto Bischoff. Jenny Emma Helene, T. des Stellmachers Otto Fettbach. Adolf Kurt, S. des Lackierers Hermann Jung. Karl Willi, S. des Arb. Gust. Feige. Johannes, S. des Weichenstell. Antor Szwamberski. Elli Minna Ida, T. des Arb. Aug. Gems. Heinrich, S. des Schlossers Heinrich Parthey.

Todesfälle: Walter Ernst, S. des Schneiders Gustav Schrader, 1 M. 5 T. Erna, T. des Schloss. Heinrich Weidehoff, 13 T. Helene Minna, T. des Arb. Walter Dietrich, 3 M. 28 T.

Quedlinburg.
Vom 10. bis 16. Januar.

Aufgebote: Dr. med. Paul Krey in Cölleda mit Anna Nagel hier. Prokurist Max Wegner mit Margarete Leue. Arb. Franz Olek mit Christine Czech.

Eheschließungen: Hüttenarbeiter Albert Gerlach mit Friederike Mautner. Geschirrführer Heinrich Kurz mit Anna Branditz. Schmied Otto Löchner mit Agnes Henneberg. Hotelbesitzer Karl Sczesny mit Berta Weinhauer.

Geburten: T. des Tischlers Robert Lauck. S. des Schankwirts Wilhelm Masthoff. Zwill.-S. des Arb. Heinrich Rieling. S. des Handelsgärtners Otto Storbeck. T. des Arb. Robert Lamcha. S. des Postschaffners Friedr. Lührs. T. des Fabrikarb. Otto Lumme. S. des Lehrers Wilhelm Seeger. T. unehel. T. unehel. S. unehel.

Todesfälle: Arbeiter August Großkopf, 70 J. Ehefrau des Arb. David Tietz Marie geb. Klaus, 47 J. Ehefr. des Werkmstrs. August Jentzsch in Thale, Frida geb. Rotter, 30 J. Arbeiter Gottfried Holstein, 68 J. Privatmann Karl Kramer, 67 J. Marie, T. des Arbeiters Wilhelm Dammeier, 5 J. Rentnerin Wwe. Karoline Renhüsen a. Blankenburg, 71 J. Chausseegelderheber a. D. Friedrich Wiedhöft, 80 J. Richard, S. des Geschirrführ. Christ. Hünecke, 3 J. Arb. August Brauns, 66 J. Ehefr. des Tischlers Wilhelm Fessel, Berta geb. Hoy, 40 J. Schneidermeister Reinhold Kirchhoff, 39 J. T. unehel., 6 M.

setzung einer Einwohnerzahl als Grundlage der Wahlkreiseinteilung beibehalten sollte. Sie sprechen dies sowohl wie das Verlangen nach einer Herabsetzung des Wahlrechtsalters, das bekanntlich jetzt mit dem 30. Lebensjahr beginnt, und nach Einführung des Wahlrechts für das Gesinde sowie für die Frauen, in einer besonderen Erklärung aus. Um aber die Reform nicht zu verzögern oder zu erschweren, haben sie dem allgemeinen Gutachten des Ausschusses zugestimmt.

Es hängt nun wesentlich vom Landsthing ab, ob der schmählich ungerechten Wahlkreiseinteilung, die in einem Wahlkreise 11 000 Leuten ebensoviel Wahlrecht gibt wie in einem andern 40 000, baldigst ein Ende gemacht wird. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 18. Januar 1906.

Revolutionsfurcht.

Die Agitation der Sozialdemokratie gegen das Dreiklassenwahlrecht hat bei unsern herrschenden Klassen eine Stimmung erzeugt, die selbst das Unwahrscheinlichste Ereignis werden läßt. Was wir gestern noch für unmöglich hielten, ist heute schon vollendete Tatsache: das Amtsgericht hat die vorläufige Beschlagnahme der Flugblätter durch die Polizei bestätigt. Froh ihres vorläufigen Triumphs — den man wohl in der Neuen Ulrichstraße selbst nicht erwartet hatte — verkündete es die Polizei gestern schon ihren freiwilligen Helfern in der bürgerlichen Presse, und heute morgen hatte der Genosse Holzapfel eine Vernehmung vor der Polizei zu bestehen, bei der ihm die amtsgerichtliche Verfügung vorgelegt wurde. Danach soll in dem Flugblatt nicht mehr und nicht weniger als eine Aufforderung zum — Hochverrat (!) und eine Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten enthalten sein. Nach dem 21. Januar denken unsre Justizbehörden hoffentlich etwas kühler, denn eine Anklage auf Grund dieses Paragraphen muß ein für die Anklagebehörde recht betrübsames Ende nehmen. Der Hochverratsparagraph droht Festung oder Zuchthaus bis zu **10** Jahren an, der Aufreizungsparagraph Gefängnis bis zu **2** Jahren. Also ganz nette Strafen. Das Dreiklassenwahlrecht scheint bei manchen Leuten doch noch höher bewertet zu werden wie bei der Arbeiterschaft, sonst könnte der Gedanke gar nicht aufkommen, daß eine Kritik des „elendesten aller Wahlsysteme" — Hochverrat darstelle.

Zu dieser Beschlagnahme und ihrer Begründung passen recht gut die Vorbereitungen, die für den nächsten Sonntag getroffen werden. Wenn wirklich die Sozialdemokraten gedroht hätten, am 21. Januar, vormittags 11 Uhr, die Revolution beginnen zu lassen, hätte sich die Polizei nicht besser rüsten können. Es ist Tatsache, daß alle Polizeibeamte Magdeburgs mit **scharfgeschliffenen Säbeln** versehen sind. Den zuverlässigsten — und hoffentlich auch ruhigsten und besonnensten — Schutzleuten sind außerdem **Revolver** eingehändigt worden, die noch **auf 150 Schritte Entfernung tödlich wirken.** Seit Wochen üben sich diese Polizeibeamten schon im **Revolverschießen.** Außerdem sind mehrfach mit den Schutzleuten, unter persönlicher Leitung des Polizeipräsidenten, **Probealarmierungen** vorgenommen und genaue Instruktionen für den Fall eines Angriffs auf die Schutzleute erteilt worden.

An der Richtigkeit dieser Mitteilungen ist nicht zu zweifeln. Denn nicht nur aus Magdeburg, auch aus zahlreichen andern preußischen Städten treffen Nachrichten ein, die zeigen, daß sämtliche Polizeibehörden ihre Mannschaften in ähnlicher Weise wie in Magdeburg vorbereitet haben. Dagegen scheinen uns die in der Stadt umlaufenden Gerüchte über die Verwendung des Militärs am Sonntage unglaubhaft, mindestens sehr stark übertrieben. Da wird erzählt, die Soldaten hätten diese ganze Woche keinen Dienst, damit sie am Sonntag recht leistungsfähig seien. Von Sonnabend abend bis Montag abend wird angeblich die ganze Garnison marschbereit in den Kasernen gehalten, wie einige wissen wollen; andre wieder erzählen, einige Bataillone würden in der Nähe des „Luisenparks" am Sonntag morgen bereit gehalten, mehrere Kompanien fänden dieselbe Verwendung in unsrer Nachbarschaft Salbke, Fermersleben, Westerhüsen, Lemsdorf, Groß- und Klein-Ottersleben und eine Kompanie werde in kleine Patrouillen aufgelöst, die am Sonntag vormittag in den Straßen Magdeburgs Dienst tun sollen. Ganz Unterrichtete wissen auch, daß jeder Soldat 45 scharfe Patronen erhält. Die Soldaten sollen angeblich schon seit einer Woche keine Besuche von Zivilisten in der Kaserne empfangen dürfen, die Einjährigen mußten in der Kaserne schlafen und die Offiziersburschen sollen gar Befehl haben, am Sonntag nur Leute, wenn sie unbekannt sind, zu ihren Vorgesetzten zulassen, wenn sie sich durch besondere Legitimationen ausweisen. Auch von der Verwendung von Soldaten in Staßfurt, Schönebeck usw. wird erzählt.

Wir wiederholen, daß uns die Nachrichten alle unglaubhaft erscheinen. Bei der Flugblattverteilung am Sonntag waren allerdings — höchst überflüssigerweise — die Kasernen mit einer Postenkette umsäumt, die verhüten sollte, daß den Soldaten Flugblätter zugeworfen werden, aber darin eine Bestätigung der vorstehend erwähnten Gerüchte sehen zu wollen, ist doch etwas zu phantastisch. Wie dem aber auch sei! Wir halten es doch für angebracht, mit allem Nachdruck folgendes zu betonen:

Die Magdeburger Parteileitung der Sozialdemokratie hat niemals zum 21. Januar etwas andres beabsichtigt, als das Abhalten einer Versammlung, wie schon hunderte von den Magdeburger Arbeitern veranstaltet worden sind. **Insbesondere war niemals beabsichtigt, an die Versammlung eine Straßendemonstration anzuschließen. Die Arbeiter werden sich, wenn sie ihre Meinung über das Dreiklassenwahlsystem abgegeben haben, ruhig nach Hause begeben. Etwas andres war nie geplant und etwas andres wird nicht beabsichtigt.**

Die Versammlung selbst abzuhalten ist das gute Recht der Arbeiter. Das werden sie sich nicht nehmen lassen. Sie werden sogar nach Kräften für die Versammlung agitieren, damit sie einen imponierenden Besuch aufweist. Wie schon bekannt gegeben worden ist, müssen Karten gelöst werden, die an den bekannten Stellen zu haben sind. Wir ersuchen die Genossen, frühzeitig sich mit Karten zu versehen und dafür zu sorgen, daß der „Luisenpark" am Sonntag vormittag bis zum letzten Platz besetzt ist.

In und nach der Versammlung wollen die Versammlungsteilnehmer, was auch kommen mag, die allergrößte Ruhe bewahren. Verdächtige Gesellen, die sich etwa durch Worte oder Taten bemerkbar machen sollten, sind sofort der Polizei zu übergeben. Beachte jeder, daß in einer großen Menschenmenge die kleinste Unbesonnenheit die schwerwiegendsten Folgen haben kann und daß nichts den an der Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlunrechts interessierten Kreisen gelegener kommen könnte, als ein Zusammenstoß mit der Polizei, der dann gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt werden könnte. Es war bisher immer der Stolz der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, daß sie auch in den gefährlichsten und aufreizendsten Situationen ihre Besonnenheit bewahrt hat und wir denken, am Sonntag wird es nicht anders sein.

Dem Interesse der Arbeiterschaft und dem, mit der Versammlung verfolgten Zweck wird am besten gedient sein, wenn die Versammlung ruhig und ordnungsgemäß verläuft. Und dazu bedarf es der Besonnenheit, der Ruhe und der Beachtung des alten Mahnworts: Arbeiter, laßt euch nicht provozieren! —

In diesen Tagen des Kampfes

vergesse man nicht, Abonnenten für die „Volksstimme" zu werben. Man werfe keine gelesene Nummer weg, sondern gebe sie den Arbeitskollegen, den Wohnungsnachbarn oder sonstigen Bekannten und mache sie auf einige Artikel und auf ein Abonnement aufmerksam. Die scharfe Waffe der Arbeiterpresse wird am wirksamsten durch Massenverbreitung geschliffen. Werbt gerade jetzt für die „Volksstimme".

— **Musterknaben.** Im „Blauen Hecht" hielten eine Anzahl Kleinstadt- und Landlehrer aus dem Regierungsbezirk Magdeburg eine Versammlung ab, in der folgende Resolution zugestimmt wurde:

1. Wir erklären, daß die Beschlüsse des dritten preußischen Lehrertages durchaus nicht der Ausdruck des Gesamtwillens der preußischen Lehrerschaft sind.
2. Wir bedauern die terroristische Art, mit der die Mehrheit des Lehrertages, bestehend vorwiegend aus Großstadtlehrern, die anders denkenden Kollegen vergewaltigt hat.
3. Wir verurteilen das Verhalten der Stimmführer der großstädtischen Lehrerschaft, das darauf hinauslief, um die Schule und unsern Stand hochverdiente Männer persönlich anzugreifen.
4. Wir erblicken in diesen Kundgebungen den Ausdruck einer einseitigen Parteimachenschaft, durch welche die Interessen der Kleinstadt- und Landlehrer auf das schwerste gefährdet werden.

Ihre Ansicht über die Schulunterhaltungsvorlage sprach die Versammlung in nachfolgenden Sätzen aus, die ebenfalls einstimmig angenommen wurden:

1. Wir begrüßen die Einbringung eines Schulunterhaltungsgesetzes seitens der königlichen Staatsregierung aufs freudigste, da die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen gegenüber den jetzt bestehenden Zuständen einen wesentlichen Vorteil bedeuten.
2. Zur Beseitigung der großen Ungleichheit in den Schulunterhalungskosten der einzelnen Gemeinden halten wir es dringend für nötig, daß die bestehenden Alterszulagekassen zur Aufbringung der persönlichen Lasten der Schulunterhaltung zu Lehrerbesoldungskassen ausgebaut werden. An diese Kassen hätten die einzelnen Gemeinden ihre Beiträge unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit zu zahlen.
3. Wir erklären uns mit den in Abschnitt 4 des Gesetzentwurfs in Hinsicht auf die Konfessions- und Simultanschule gegebenen Vorschriften einverstanden, da sie unter Berücksichtigung des geschichtlich Gewordenen sowohl als auch der tatsächlichen Verhältnisse beiden Schularten genügende Entwicklungsfreiheit gewähren.
4. In dem vielfach angegriffenen § 40 des Entwurfs erblicken wir weder eine Gefahr für die Lehrer, noch eine solche für die Entwicklung der Schule; wir halten es aber im Interesse der Lehrer für nötig, daß das Recht des Staates auf Anstellung der Lehrer, Hauptlehrer, Rektoren 2c. im vollen Umfange, wie der Entwurf es vorsieht, gesetzlich erhalten bleibt. Wir bedauern, daß die für die Anstellung von Lehrern in Gemeinden mit weniger als 25 Schulstellen geltende Bestimmung nicht auch auf die größeren Gemeinden angewandt werden soll, da für letztere durch den Entwurf Vorrechte geschaffen werden.
5. Wir bitten darum, daß der Lokalschulinspektor nicht durch Vorschrift des Gesetzes Vorsitzender des Schulvorstandes werde, vielmehr die königliche Regierung in jedem Falle den Vorsitzenden ernennen möge.

Zum Schluß kam die allgemeine Ansicht zur Geltung, daß in der reinen Staatsschule das wahre Heil des Lehrerstandes liege. Die Jugendbildner, die sich diese Selbstentwürdigung geleistet haben, stammen aus den kleinen Dörfern unsrer Provinz, in denen der Lehrer den Stimmenfänger für den konservativen Gutsbesitzer bildet. Man nahm bisher an, es sei mehr in den ganzen Verhältnissen begründeter Zwang als freie Ueberzeugung, welche diese Lehrer im Troß der schulfeindlichsten Partei Preußens erhielt. Die angenommene Resolution belehrt uns aber eines Besseren. Die Reaktionäre werden ihre Freude an solchen Lehrern haben! —

— **Die Packraumarbeiter bei Mundlos u. Co.** verharren im Kampfe. Eine Anzahl „Arbeitswilliger" hat diese Gelegenheit benützt, ihre schätzenswerte Kraft in den Dienst der Firma zu stellen. Ob sich diese „Arbeiter" schon soweit eingearbeitet haben, daß tausende von Nadeln „sicher" verpackt werden, entzieht sich unsrer Kenntnis. Anzunehmen ist es nicht, denn die lieben Arbeitswilligen rekrutieren sich aus verschiedenen Berufen. Bei der Wechselseitigkeit im Arbeitsverhältnis ist anzunehmen, daß nicht immer die Gnade der Herren Chefs diesen lieben Leuten scheint. Wir empfehlen deshalb den Industriellen Magdeburgs, sich dieser „Arbeiter" zu erinnern. —

— **Zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis** verurteilte heute das Kriegsgericht der 7. Division den Kanonier Schröder II der 1. Batt. 40. Feldart.-Rgts. zu Burg. Bericht in nächster Nummer. —

— **Raub.** Der Polizeibericht meldet: Montag nachmittag gegen 5¾ Uhr wurden einer Frau in der Augustastraße und gegen 8 Uhr einem jungen Mädchen in der Heiligen Geiststraße von einem unbekannten jungen Mann die Handtaschen aus der Hand gerissen; in beiden Fällen entfloh der Dieb schnell. In der einen Tasche befand sich ein Portemonnaie mit 4 Mark, in der andern ein solches mit 7 Mark. Die zuletzt gestohlene Tasche ist ohne das Portemonnaie auf dem Domplatz gefunden worden. —

— **Von der Feuerwehr.** Im Hause St. Michaelstraße 15 entstand Mittwoch nachmittag ein Kellerbrand, der beim Erscheinen der Wache Sudenburg schon gelöscht war. — In einer Stube des Erdgeschosses im Hause Heumarkt 5 war am Mittwoch nachmittag gegen 3½ Uhr beim Kochen von Stubenbohne der Inhalt zweier Töpfe in Brand geraten. Durch Aufwerfen von Sand gelang es, das Feuer nach längerer Zeit zu löschen. Ein Teil des Ofens mußte abgerissen werden. — Der Sanitätswagen wurde am Mittwoch zweimal in Benutzung genommen. —

— **Mit Waffen gut versehen** war der Versicherungslehrling Kurt W., der in der Nacht zum Mittwoch auf dem hiesigen Hauptbahnhof im Wartesaal 3. und 4. Klasse ein neues Taschenmesser verkaufte. Bei seiner Visitation wurden mehrere neue Flobertpistolen gefunden, die anscheinend gestohlen waren. W. wurde verhaftet. —

— **Unfall.** In der Fabrik von Otto Gruson geriet am Mittwoch abend der Kammacher Max Krüger aus der Alten Neustadt mit dem rechten Fuß unter das Rad einer Lore. K., der dadurch eine Quetschung des Fußes erlitt, fand in der Krankenanstalt Sudenburg Aufnahme. —

— **Zu der Volksvorstellung im Stadt-Theater** am nächsten Sonntag sind im Bureau der Kaufmännischen Ortskrankenkasse, Prälatenstraße, für Kassenmitglieder noch Eintrittskarten zu haben. —

— **Walhalla-Theater.** Auch der zweite diesjährige Spielplan unsrer Magdeburger Spezialitätenbühne ist als ein guter zu bezeichnen. Unter den zehn Nummern künstlerischer Darbietungen ragen besonders die equilibristisch-gymnastischen Leistungen des Fuß-Equilibristen Carlo Almado hervor, der Fußbalancen mit Tisch, Kreuz und Figur, sowie das unvermeidliche „Karussell" in selten schöner Gewandtheit ausführt. Ueber eine schöne Figur und ansprechende Vortragsweise verfügt die Soubrette Magda Antoni. Vorführungen aus unsrer Marine zeigt H. Jameson am vertikalen Seil. Max Guillon erntet mit der Dressur seiner „Wunder-Ziegenböcke" mit Recht lebhaften Beifall, der auch der Truppe Saschoff, äußerst gewandten kirgisischen Tänzern, zuteil wird. Musikalische Extra-Darbietungen leisten sich B. T. L. Krüger. Handstand-Athleten und Gymnastiker ersten Grades sind die beiden Les Pandos, die auch noch neue Tricks bringen, obgleich dieses Gebiet sonst fast abgegrast ist. Humor und Heiterkeit versteht der Satiriker Martin Frank bei den Besuchern zu erregen. Reichlichen Beifall finden auch die vier Silbersterne mit ihren gymnastischen Darbietungen am Bühnen-Luft-Apparat. Ganz neue und interessante Aufnahmen werden durch Dröses Biograph wiedergegeben. —

— **Im Zirkus** wird am Sonnabend nachmittag als Kindervorstellung „Tausend und eine Nacht" aufgeführt, Sonnabend abend zum ersten Male „Die Direktrice", Berliner Sittenbild in 4 Akten von Konstantin Luckau. —

— **Ueber Alkohohl und Politik** wird am Sonnabend den 20. d. M. Herr Oberlehrer Weisner, D. S. des Guttempler-Ordens, wieder einen Vortrag in der Aula der Luisenschule, Breiteweg 199/200, halten. Freie Aussprache. Eintritt frei. —

Kleine Chronik.

Sturz aus dem Schnellzuge.

Eine russische Auswandererfamilie befand sich auf der Flucht von Rußland nach Deutschland im Schnellzuge 6 auf der Strecke Zillendorf-Finkenherd. Während der Fahrt stürzte ein etwa siebenjähriger Knabe zum Fenster hinaus. Es verging eine geraume Zeit, bis der Schnellzug hielt. Der Knabe wurde aber nicht sofort gefunden und der Schnellzug fuhr langsam bis zum nächsten Blockhaus zurück. Dort traf die Meldung ein, daß man den Knaben gefunden und daß man ihn mit dem nächsten Zuge nach Frankfurt senden werde. Hierauf fuhr der Schnellzug nach Frankfurt a. O. weiter, wurde aber durch ein zweites Notsignal gleich wieder zum Halten veranlaßt. Es zeigte sich, daß wieder ein Kind derselben russischen Familie aus dem Fenster gestürzt sei. Man fand den etwa achtjährigen Knaben mit schweren Verletzungen am Kopfe. Auf dem Frankfurter Bahnhof konnte ein Arzt nur den Tod des Knaben feststellen. Die Eltern blieben auf dem Bahnhof, um die Ankunft des andern Kindes, über dessen Befinden noch keine Nachrichten vorliegen, zu erwarten. —

Verschüttete Bergarbeiter.

Aus Beuthen wird gemeldet: In Hedwigwinschgrube wurden zwei Bergarbeiter von herabstürzenden Kohlen verschüttet. Einer wurde getötet, der andre lebensgefährlich verletzt. —

Ein Chinakrieger vor Gericht.

Wegen Tötung eines chinesischen Polizeisoldaten in Yi-Tse verurteilte das Kriegsgericht in Metz den Musketier Siwa vom Infanterieregiment Nr. 130 zu 2½ Jahren Gefängnis. —

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

Hd. Petersburg, 18. Januar. Der „Molwa" zufolge sollen die wegen politischer Vergehen in Untersuchungshaft befindlichen Personen beschlossen haben, so lange keine Nahrung mehr zu sich zu nehmen, bis ihre Behandlung eine bessere geworden ist und sie sofort vor Gericht gestellt werden. —

Hd. Petersburg, 18. Januar. Die Wahllisten wurden gestern geschlossen. Die Zahl der Eingetragenen beziffert sich hier auf 21 800. Die Mehrzahl der in Petersburg und Moskau eingetragenen Wähler gehört der konstitutionellen demokratischen Partei an. Die antidemokratischen Behörden von Petersburg und Moskau wollen aus diesem Grunde die Regierung ersuchen, die Wahllisten nochmals zur Eintragung auszulegen. —

* Pensa (Ostrußland), 17. Januar. Der Kommandeur des 78. Infanterieregiments Generalleutnant Lissowski wurde am 15. Januar auf der Straße durch drei Revolverschüsse getötet. Der Täter entkam. —

Hd. Petersburg, 18. Januar. Die „Birsh. Wjed." melden gerüchtweise, daß in Kaukasien bereits die Republik proklamiert wurde. Der Präsident übt alle Funktionen eines Staatsoberhauptes aus. —

Hd. Berlin, 18. Januar. Staatssekretär Frhr. von Richthofen ist in der vergangenen Nacht gestorben. —

* Kassel, 18. Januar. Der hiesige Eisenbahnpräsident hat gleich seinem Kollegen in Essen in einem Erlasse an die ihm unterstellten Eisenbahnbeamten und Arbeiter bei Strafe sofortiger Entlassung die Beteiligung an der sozialdemokratischen Kundgebung gegen das Dreiklassenwahlrecht verboten. —

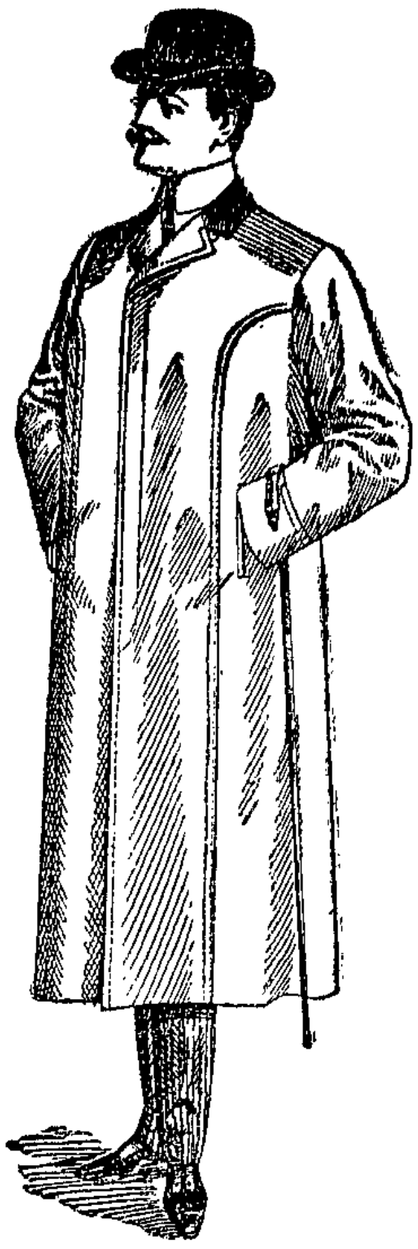
* Elbing, 18. Januar. Das Hauptblatt der gestrigen Nummer der liberalen „Altpreußischen Zeitung" wurde, soweit es noch in der Expedition vorhanden war, beschlagnahmt wegen eines Inserats, welches zum Besuch einer Protestversammlung gegen das Landtagswahlrecht auffordert. In der Annonce wurde das Wahlrecht das „elendeste aller Wahlsysteme genannt. — Das ist ja auch ein fürchterliches Verbrechen, da — Bismarck das Wort geprägt hat. —

* London, 17. Januar. Nach den letzten Wahlergebnissen sind gewählt 164 Liberale, 30 Vertreter der Arbeiterpartei und 52 Unionisten. Die Liberalen haben bisher 65, die Arbeiterpartei hat 24 Sitze gewonnen. Chamberlain ist in Birmingham wiedergewählt worden. —

Inventur-Verkaufstage bis 31. Januar

der Firma

Heinrich Casper



Spezialhaus für moderne Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung. — Fertig und nach Maß.

133 Breiteweg Magdeburg Breiteweg 133

In herkömmlicher Weise veranstalte im Monat Januar einen **Inventur-Ausverkauf,** um mein Lager für die kommende Saison zu räumen. — Sämtliche Gegenstände, ohne Ausnahme, sind im Preise erheblich ermäßigt. — Als **außergewöhnlich billig** offeriere: 2372

Paletots früherer Preis 20—58 Mk. **Ulster Mäntel** jetzt **11–42** Mark.	**Jackett- und Gehrock-Anzüge** früherer Preis 18—58 Mk. jetzt **13–44** Mark.	**Joppen, Schlafröcke Wetter-Mäntel Beinkleider Phantasiewesten**	**Jünglings-Anzüge und -Paletots Knaben-Anzüge u. -Paletots Pyjacks und Pelerinen**

Arbeits-Hosen, Arbeits-Joppen, Schutzanzüge für alle Gewerke.

Massen-Auswahl! — **Sensationell billige feste Preise.** — **Massen-Auswahl!**

Bitte genau auf die Firma zu achten!

Butter

billiger!

lose und geformt

½ Pfd. **60, 64 u. 68** Pfg.

5 % Rabatt-Marken. 2375

Grosse

Eier

Stück 5 Pfg.

Rotwurst	Pfund	60 Pf.
Leberwurst	Pfund	80 Pf.
Bratwurst	Pfund	1.00
Mettwurst	Pfund	1.10
Schlackwurst	Pfund	1.20
Schinken	Pfund	1.50

Walter Ernst

36 Jakobstrasse 36

Bitte genau auf die Firma zu achten!

Nähmaschine tadellos, nähend, u. Garantie für 20 Mk. z. verk. Bahnhofstr. 54, pt.

Stahlfedern empf. die Buchhdlg. Volksstimme.

Billige Stiefel nur Altes Brücktor 2

Konsum-Verein Neustadt.

Heute und morgen in allen Verkaufsstellen der Genossenschaft zu haben

frische Seefische

für 20 Pf. das ½ Kilo. 12

Der Vorstand.

B. Wolff

Gelegenheitskauf-Geschäft

Schwertfegerstraße 14. 2318

Inventur-Räumungs-Verkauf.

Heute und folgende Tage verkaufe ich große Posten

Herren-Zugstiefel von **3.50** Mk. an

Damen-Knopf- u. Schnürstiefel v. **4.50** Mk. an

Damen-Knopf- und -Schnürschuhe 36 und 37, prima Ware, das Paar **2.50** Mk.

Boxcalf- und Chevreau-Herren-, -Damen-, Mädchen- u. Kinderstiefel zu bedeut. ermäß. Preisen.

Sämtliche Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe wird zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft, besonders vorteilhaft ein Posten **Sommerpaletots, 8.50 Mk.**

B. Wolff, Schwertfegerstraße 14.

Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg

Prälatenstraße 18. **Fernsprecher 2138.**

Bekanntmachung.

Infolge vorgekommener Unzuträglichkeiten hat der Vorstand diesseitiger Ortskrankenkasse beschlossen, die Badeanstalt der

Frau A. Dette, Große Schulstraße 4

bis auf weiteres für die Benutzung seitens diesseitiger Mitglieder zu

sperren.

Indem wir dies den Mitgliedern zur **einmaligen** Kenntnis bringen, bemerken wir **ausdrücklich,** daß auch seitens der Mitglieder in der genannten Badeanstalt **bezahlte** Bäder von der Kasse **nicht** vergütet werden.

Der Vorstand.
Karl Matthes, Vorsitzender.

2371

Alte Neustadt.

Empfehle meine 1393

Filz- u. Leder-Schuhwaren

zu billigen Preisen

sowie meine **Mass- und Reparatur-Werkstatt.**

C. Mittelhaus Hohenforterstraße 22

J. Birnbaum

Neustadt

20 Lübeckerstr. 118

Geld sparen heißt Geld verdienen!

Bei jedem Einkauf, den Sie in meinen beiden Geschäften besorgen, sparen Sie Geld.

Grosser

Räumungsverkauf!!

Lübeckerstr. 20:

ca. **1800** Meter **Kleidervelours** mit **33⅓ %** Rabatt
Mädchenkapotten
Mädchenjäckchen
Mädchenmuffen
Mädchenkragen
Pelzstolas
Pelzmuffen
Knabenmützen
Normalwäsche
Unterröcke
Barchentwäsche
und sämtl. andern Winterwaren.

Lübeckerstr. 118:

Steingut
Porzellan
Glas 2372
Holzwaren
Luxuswaren
Verlosungsgegenstände
Stahlwaren
sämtl. Haus- u. Küchengeräte
Kleinmöbel
Sportwagen
Kinderwagen.

M. Birnbaum

2-3 Katharinenstr. 2-3

Eingang im Hausflur.

Höchste Beleihung aller Wertgegenstände. 2212

Kaufe fortwährend

Kanarienhähne

bezahle pro Stück **3.50 bis 5 Mark**

Weibchen v. 14 Stück ab **75 Pf.** 2376

Gute Rübsaat bei Abnahme v. 10 Pfd. **1.60**

J. Tischler, Annastraße 25.

Sprotten Kiste **90** Pf. Pfd. **30** Pf.

Bücklinge Stück **5** Pf.

Bratenschmalz Pfd. **70** Pf.

2359 **Mus** Pfd. **14** Pf.

Bauernkäse Stück **5** Pf.

Butterhandl. Edelweiß

Halberstädterstraße 40.

Diese Woche **Gänsepökelfleisch** von 60 Pf. an à Pfd., **Lungenwürstchen** à Stück 10 Pf. 2357

Moritz Weinberg, Berlinerstr. 1a.

---

729 **Privat-Pfandhaus**

Buckau, Weststraße 9

Am Sonntag den 21. Januar wegen Trauerfeier geschlossen.

Ernst Alsleben.

Bürgerl. Restaurant

altes Geschäft, z. verpachten. Z. Uebern. 1500—2000 M. Konz. ges. Br. hilft. H. Rohs, Halle S., Albrechtstr. 25.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Gr. Marktstr. 21.

Freitag: Braunkohl mit Salzkartoffeln und Würstchen.